Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 598. Mittag-Ausgabe. Sechsundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 23. December 1875.**

Des Königs Majestät haben die Einberufung der Provinzial-Landtage der Provinzen Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen zum 3. Januar k. J. und des Provinziallandtages der Provinz Preußen zum 4. Januar k. J. genehmigt.

Deutschland.

Berlin, 22. December. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den vortragenden Rath bei der Ober-Rechnungskammer, seitherigen Ober-Rechnungs-Rath Osann, zum Geheimen Ober-Rechnungs-Rath ernannt; sowie dem Regierungs-Secretair Carl Schmidt zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Canzlei-Rath, dem Kreis-Steuer-Einnehmer Hinterlach zu Berent in Westpreußen den Charakter als Rechnungs-Rath, und den Inhaberinnen der unter der Firma „Ernst Litfaß Erben" betriebenen Buchdruckerei, Frau Kaufmann Mertens, Louise, geborenen Litfaß, und Frau Kaufmann Ellinghaus, Ernestine, geborenen Litfaß, verwittwet gewesenen von Wickede, Beide zu Berlin, das Königliche Hof-Prädicat verliehen.

Der ordentliche Lehrer Dr. Otto Mathiae am Wilhelms-Gymnasium in Berlin ist zum Oberlehrer befördert worden. — Der Kreis-Thierarzt Werner zu Stallupönen ist zum commissarischen Grenzthierarzt für die Kreise Goldap, Oletzko, Lyck und Johannisburg, unter Anweisung des Ortes Prostken als Amtswohnsitz, und der Kreisthierarzt Holzendorff zu Kempen zum commissarischen Grenzthierarzt für die Kreise Heydekrug, Tilsit, Ragnit, Pillkallen und Stallupönen, unter Anweisung des Ortes Eydtkuhnen als Amtswohnsitz, ernannt worden. Dem Grenzthierarzt Werner ist gleichzeitig die commissarische Verwaltung der Kreisthierarztstellen der Kreise Goldap und Oletzko, und dem Grenzthierarzt Holzendorff die commissarische Verwaltung der Kreisthierarztstellen der Kreise Pillkallen und Stallupönen verliehen worden.

Der bei der Königlichen Direction der Ostbahn in Bromberg beschäftigte bisherige Kreisrichter Franz Dittmar ist zum Regierungs-Assessor ernannt worden.

Dem Mechaniker C. Schwanecke zu Berlin ist unter dem 18. December d. J. ein Patent auf eine Plombenzange auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 22. December. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war heute in der Kinder-Bescheerung des Dorotheenstädtischen Beztrks anwesend.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern um 11½ Uhr Vormittags militärische Meldungen entgegen und empfing später den General-Lieutenant von Pape und den Bildhauer Sußmann.

Abends von 7 Uhr ab wohnte Höchstderselbe mit dem Prinzen Wilhelm der Vorstellung im Königlichen Opernhause bei. (Reichsanz.)

= **Berlin**, 22. Decbr. [Sitzung des Bundesrathes. — Vernehmung der Minister als Zeugen.] Der Bundesrath hielt heute Vormittag 11 Uhr eine Plenarsitzung im Reichskanzleramt unter dem Vorsitz des Staatsministers Delbrück. Seitens des Reichstags wurden übermittelt: der Gesetzentwurf wegen Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1876; der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des § 44 des Brausteuergesetzes; der Entwurf eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Telegraphenverwaltung. Eine Vorlage, betreffend den Entwurf eines Gesetzes, wegen der Vernehmung des Reichskanzlers, der Minister u. s. w. als Zeugen oder Sachverständige (s. u.) wurde dem Justizausschuß überwiesen. Mündliche Ausschußberichte wurden erstattet über die Statuten der Sächsischen Bank, des Leipziger Kassenvereins und der Badischen Bank, sowie über den Entwurf einer Verordnung über die Pensionen und Cautionen der Reichsbankbeamten. Ferner über die Aufhebung der Registerführung bei den Zollbehörden über Postgüter, über die Zollabfertigung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen zwischen Deutschland und der Schweiz und endlich über die Besetzung einer Rathsstelle beim Reichs-Oberhandelsgericht. — Die oben erwähnte Vorlage über die Vernehmung des Reichskanzlers 2c. als Zeugen oder Sachverständige lautet: § 1. Der Reichskanzler, die Minister, die Mitglieder des Bundesraths und der obersten Reichsbehörden und die Mitglieder der Ministerien können nur an ihrem Amtssitze oder, wenn sie sich außerhalb derselben aufhalten, nur an ihrem Aufenthaltsorte, — die Mitglieder einer deutschen gesetzgebenden Versammlung während der Sitzungsperiode und während ihres Aufenthaltes am Orte der Versammlung nur an diesem Orte als Zeugen oder Sachverständige vernommen werden. — § 2. Zu einer Abweichung von den vorstehenden Bestimmungen bedarf es: in Betreff des Reichskanzlers der Genehmigung des Kaisers, in Betreff der Minister der Genehmigung des Landesherrn, in Betreff der Mitglieder des Bundesraths der Genehmigung desselben, in Betreff der übrigen vorbezeichneten Beamten der Genehmigung ihres unmittelbaren Vorgesetzten, in Betreff der Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung der Genehmigung der letzteren. — § 3. Insoweit nach den Bestimmungen des § 1 das persönliche Erscheinen eines Zeugen oder Sachverständigen vor dem erkennenden Gerichte nicht stattfindet, vertritt die Verlesung des über seine Aussage aufgenommenen Protokolls die mündliche Vernehmung. — In den Motiven heißt es, die nach den meisten in Deutschland geltenden Proceßgesetzen bestehende allgemeine Pflicht, auf Vorladung als Zeuge oder Sachverständiger vor Gericht zu erscheinen, welche Pflicht sich zufolge des Reichsgesetzes vom 21. Juni 1869, betreffend die Gewährung der Rechtshilfe, auf jedes deutsche Gericht erstreckt, ruft für die im § 1 bezeichneten Personen nicht selten eine unvermeidliche Collision mit amtlichen oder anderen öffentlichen Pflichten hervor. Dies tritt namentlich dann ein, wenn der Geladene nach einem auswärtigen Orte gerufen wird, während eine solche Entfernung dem dienstlichen oder öffentlichen Interesse widerstreitet. Für dergleichen Fälle erscheint es umsomehr geboten, einen vermittelnden Ausweg zu schaffen, als die durch die bloße Ladung als Zeuge oder Sachverständiger bedingte Verpflichtung des Erscheinens auch die Möglichkeit des Mißbrauchs bietet. Je nachdem die Vorladung mehr oder weniger vom willkürlichen Belieben einer Partei abhängt, ist neben der Möglichkeit der Chikane auch die Möglichkeit des Versuchs gegeben, mittels solcher Ladung Beamte zeitweise ihrer amtlichen Thätigkeit und Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung der Theilnahme an bestimmten Sitzungen zu entziehen. Die Verbindlichkeit der Kostenersatzpflicht kann als ein ausreichendes Sicherungsmittel hiergegen nicht gelten. Das Bedürfniß, in der angegebenen Richtung Vorsorge zu treffen, wird sich darauf beschränken lassen, daß die bezeichneten Personen durch die Vernehmung — von besonderen Umständen abgesehen — nicht veranlaßt werden sollen, sich vom Orte ihrer Berufsthätigkeit bezw. ihres Aufenthaltes zu entfernen. Dies bezweckt die in § 1 getroffene Verfügung, durch welche im Uebrigen die bestehenden Vorschriften über die Art und Weise der gerichtlichen Vernehmung nicht alterirt werden. Insoweit ein berechtigtes Interesse an der Abhörung der in Frage stehenden Personen obwaltet, wird demselben durch die bloße Beschränkung der Vernehmung auf den Ort des Aufenthalts in den meisten Fällen auch dann Genüge geleistet sein, wenn dabei eine Abweichung von den Proceßvorschriften über persönliches Erscheinen vor Gericht stattfindet. In dieser Hinsicht kann darauf verwiesen werden, daß nach den Proceßregeln solche Abweichung auch dann zugestanden wird, wenn dem persönlichen Erscheinen eines Zeugen oder Sachverständigen andere thatsächliche Hindernisse entgegenstehen, lassen besondere Umstände es geboten erscheinen, im einzelnen Falle von den Bestimmungen des § 1 abzugehen, so bietet § 2 hierfür den Weg; die Bedingung eingeholter Genehmigung wird geeignet sein, neben dem Bedürfnisse der Sache gleichzeitig das öffentliche oder dienstliche Interesse entsprechend zu wahren. Die im § 3 getroffene Anordnung bietet eine nothwendige Ergänzung für jene Proceßgesetze, welche die Berücksichtigung und Vorlesung der Aussagen von nicht persönlich erschienenen Zeugen nur in ausdrücklich bestimmten Fällen gestatten.

[Die neuen Provinziallandtage] sind durch die Allerhöchste Verordnung für die Provinzen Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen auf den 3. Januar, für die Provinz Preußen auf den 4. Januar k. J. zusammenberufen. Die Berufung derselben, schreibt der „Staatsanz.", war unmittelbar nach dem 1. Januar, mit welchem die neue Provinzialordnung in Kraft tritt, erforderlich, damit die für die Provinzialverwaltung nöthigen Einrichtungen unverweilt getroffen werden. Dem Provinziallandtage wird zunächst obliegen, die Zahl der Mitglieder des Provinzialausschusses (welche sieben bis höchstens dreizehn betragen soll) durch Provinzialstatut festzusetzen, über die Einrichtung von Provinzialämtern, sowie über die Zahl, die Besoldung und die Art der Beamten zu beschließen, den Landesdirector und die demselben zugeordneten oberen Beamten zu wählen, die Wahlen zum Provinzialausschusse zu vollziehen und besondere Commissionen oder Commissarien für Zwecke der communalen Provinzialverwaltung zu bestellen. — Weiterhin werden die Provinzial-Landtage den Haushaltsetat und die Grundsätze, nach denen die Verwaltung der Angelegenheiten des Provinzialverbandes zu erfolgen hat, festzustellen, die zur Ausführung des Dotationsgesetzes und einiger anderer Gesetze erforderlichen Beschlüsse zu fassen, und den ihnen etwa vorzulegenden Gesetzentwurf zu begutachten haben. — Da jedoch mit Rücksicht auf die demnächst nothwendige Berufung des Landtages der Monarchie die erste Session der Provinzial-Landtage nur auf etwa 14 Tage bemessen werden kann, so werden dieselben sich, nach der „Prov.-Corr.", voraussichtlich fürs Erste auf die Vornahme der erwähnten dringenden Aufgaben der Einrichtung der provinziellen Selbstverwaltung beschränken und die weiteren Aufgaben zunächst den einzusetzenden Provinzialausschüssen zur Vorberathung zuweisen.

[Der eigenthümliche telegr. signalisirte Artikel der „Prov.-Corresp."] über „einen alten Gegner Preußens" lautet wörtlich wie folgt:

In Oesterreich sind neuerdings Anzeichen und Ansätze neuer Parteigruppirungen hervorgetreten, welche, abgesehen von dem Interesse an der inneren Entwickelung und dem Gedeihen der österreichisch-ungarischen Monarchie, auch insofern eine aufmerksame Beachtung in Deutschland verdienen, als sie schon in ihren Keimen nicht ohne Beziehung auf die Stellung Oesterreichs zu dem Deutschen Reiche sind.

Den Mittelpunkt der dabei mitwirkenden politischen Elemente bilden anscheinend die Vertreter der alten liberalen Gesammtstaatspartei, namentlich der unerwartet wieder auf der Oberfläche des politischen Lebens auftauchende vormalige Minister Ritter v. Schmerling. Die ganze Vergangenheit dieses früher vielgenannten Politikers wurzelte in dem doppelten Bestreben, einerseits die gesammten Staaten und Völkerstämme der österreich-ungarischen Monarchie in einem einheitlich constitutionellen Staatswesen zusammenzufassen — andererseits dieses fest geeinigte Oesterreich zur leitenden und herrschenden Macht eines deutschen Bundesstaates zu machen. Von diesem Standpunkte trat Herr v. Schmerling im Jahre 1848 den Versuchen, einen deutschen Bundesstaat unter Preußens Führung, jedoch in enger Verbindung mit der österreichischen Monarchie, zu gründen, mit aller Entschiedenheit und mit allen Mitteln politischer Taktik entgegen, und ihm ist in der That ein wesentlicher Antheil an dem Scheitern des damaligen Strebens zuzuschreiben.

Inzwischen hat die Geschichte einen Verlauf genommen, durch welchen die Schmerlingschen Gedanken sowohl für Oesterreich, wie für die Beziehungen desselben zu Deutschland thatsächlich verurtheilt worden sind: statt eines parlamentarischen österreichischen Gesammtstaates ist die österreichisch-ungarische Monarchie auf dem Grunde gesonderter Verfassungen ihrer beiden großen Völkergruppen, aber unter enger politischer Vereinigung derselben zu neuem kräftigen Dasein erstarkt, — daneben aber ist unter der Kaiserherrschaft des Königs von Preußen das Deutsche Reich in enger, fester Einigung aller deutschen Staaten erstanden, — die beiden selbstständig organisirten Mächte aber haben sich zu übereinstimmendem politischen Streben aufrichtig aneinander geschlossen.

Wenn nun der vormalige Minister und Vertreter der überwundenen politischen Richtung, nachdem er Jahre lang nur seines Amtes als Präsident des obersten Gerichtshofes gewaltet hatte, jetzt plötzlich wieder in die politische Bewegung hineintritt, so kann es nicht überraschen, daß sich ihm alsbald die verschiedenen Gruppen anzuschließen suchen, welche einerseits unter dem Vorwande des „wahrhaften Oesterreicherthums" die Grundlagen des jetzigen österreichischen Staatswesens in Frage stellen möchten und denen andererseits das neue deutsche Reich ein Dorn im Auge ist. Im Verein mit dem alten Gesammtstaats-Politiker von Schmerling machen sich auf's Neue Bestrebungen im Gegensatze zu dem erreichten österreichisch-ungarischen Ausgleiche geltend, — ein hervorragender Beamter des früheren Ministers Grafen Thun verlangt bei den jetzigen Verhandlungen mit Ungarn volle „Rücksichtslosigkeit" zur Wahrung der speciell österreichischen Interessen „ohne Scheu vor den Folgen des Widerstandes"; daneben scheint der neuen politischen Gruppirung eine clericale Beimischung nicht fremd zu sein, welche sich namentlich in dem Verhalten der betreffenden Politiker auf Anlaß der Trauerfeier für den Cardinal Rauscher bemerklich machte.

Wenn sich die Aufmerksamkeit von deutscher Seite schon auf die ersten Symptome dieser politischen Regungen richtet, so wird man darin vor Allem eine Bethätigung des Wunsches erkennen, daß die im öffentlichen Leben Oesterreichs wirksamen Kräfte sich den Beziehungen zu Deutschland freundlich zeigen möchten, sowie den Ausdruck der Besorgniß, daß die Kraft, welche zur Zeit auf die Bühne tritt, eben keine wohlwollende für das jetzige Deutsche Reich sei. Herr von Schmerling hat den Hinweis darauf, daß er „ein lebender Zeuge jener Zeit sei, wo der Gedanke, Oesterreich und Deutschland zu verbinden, an der Tagesordnung war", daß er aber vor Allem Oesterreicher sei und bleibe — die vieldeutigen Worte hinzugefügt: „Große Ideale muß man mehrmals in Angriff nehmen, bis sie durchgeführt werden."

Da nun die politische Schöpfung, welche in Deutschland neuerdings durchgeführt worden ist, den Schmerling'schen Idealen sicher nicht entspricht, so ist die Deutung nahe liegend, daß er einen erneuten späteren Versuch zur Durchführung des eigenen Prodramms auch jetzt nicht ausschließen will.

Je mehr das deutsche Volk die Gefühle und Sympathien, welche in Oesterreich noch jüngst für Deutschland ausgesprochen worden sind, vollständig erwidert, je mehr in allen politischen Kreisen Deutschlands ein unbedingtes Wohlwollen für das heutige Oesterreich und zugleich die Ueberzeugung gleicher Auffassung in beiden großen Theilen der österreichisch-ungarischen Monarchie herrscht, — um so weniger kann es gleichgiltig erscheinen, wenn in dem befreundeten Staate neue Kräfte und Richtungen sich geltend zu machen suchen, welche nach ihren Grundauffassungen der Einigkeit des jetzigen Oesterreichs mit dem jetzigen Deutschland widerstreben müssen, und anscheinend zwar von deutschen Elementen getragen, in der That aber der deutschen Politik feindlich, die dem deutschen Reiche aufrichtig zugewandte Stellung der gegenwärtigen österreichisch-ungarischen Regierung abzuschwächen versuchen.

Die erhabene Verbindung unter den drei Kaisermächten, welcher die immer günstigere und innigere Gestaltung der Beziehungen wie zwischen Oesterrich und Deutschland, so auch zwischen Oesterreich und Rußland zu danken ist, hat zu ihrer Voraussetzung eine aufrichtig wohlwollende Gesinnung und Beurtheilung jedes der Betheiligten für das Wollen und Streben der beiden andern. Von diesem Wohlwollen ist Deutschland Seitens der jetzigen österreichischen Regierung auf Grund ernster Erfahrungen überzeugt, — und darf vertrauen, daß es jenen Gegenstrebungen, die unerwartet an's Licht getreten sind, keinenfalls vergönnt sein werde, die erfolgreich bewährte Politik irgendwie zu lähmen und die beruhigenden Bürgschaften zu gefährden, welche in der Freundschaft der drei Kaiserhöfe in so gewichtiger Weise enthalten sind.

[Unser Kaiser] — schreibt die „Prov.-Corresp." — ist von dem jüngsten Unwohlsein fast vollständig wiederhergestellt und konnte bereits in voriger Woche die täglichen Ausfahrten wieder beginnen. Se Majestät empfing wiederholt den Reichskanzler Fürsten Bismarck zum Vortrage und widmete besonders den Berathungen der außerordentlichen Generalsynode lebhafte Theilnahme.

Das Weihnachtsfest, zu welchem die Königliche Familie nach dem erfolgten Eintreffen der jungen Prinzen Wilhelm und Heinrich von Kassel und nach der am 23. zu erwartenden Rückkehr des Prinzen und der Prinzessin Carl aus Rußland wieder vollzählig versammelt sein wird, soll im Kaiserlichen Palais in gewohnter Weise begangen werden.

Königsberg, 21. December. [Das ostpreußische Tribunal] vernichtete am 15. d. Mts. das erstinstanzliche Urtheil, welches den altkatholischen Pfarrer Grunert von der Anschuldigung, im „Katholik" den Propst Dinder beleidigt zu haben, freigesprochen hatte, verurtheilte den Angeklagten zu 35 Thaler Geldbuße event. 14 Tagen Gefängniß und ertheilte dem Beleidigten auch die Befugniß zur Publication des Urtheils im „Katholik".

Hannover, 22. December. [In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung] der Actionäre der Hannöverschen Bank wurde vom Vorsitzenden mitgetheilt, daß der Bundesrath die Weiterführung des Contocorrent- und des Lombardgeschäftes mit einigen nicht wesentlichen Beschränkungen genehmigt habe. Die Versammlung beschloß darauf einstimmig, den Bestimmungen des § 44 des Reichsbankgesetzes sich zu unterwerfen.

Dortmund, 22. December. [In der heutigen Generalversammlung] der Actiengesellschaft „Dortmunder Union" waren 18 Actionäre gegenwärtig, welche ein Actiencapital von 13,426,800 Mark vertraten, das 6711 Stimmen repräsentirt. Die Versammlung ertheilte Decharge und beschloß einstimmig, für das verflossene Geschäftsjahr keine Dividende zu zahlen. Die aus dem Verwaltungsrathe ausscheidenden Mitglieder: Carl v. Born in Dortmund, Schulte in Gevelsberg, Funke in Essen, Löb in Kaltenhof wurden wieder- und der Gruben-Director Busch neu in den Verwaltungsrath gewählt.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 20. December. [Keine Ministerkrisis. — Zur Senatorenwahl. — Manifest an die Wähler des Aisne-Departements. — Verschiedenes.] Die Spannung der letzten Tage hat sich sehr vermindert. Man glaubt heute nicht mehr an den Ausbruch einer Ministerkrisis. Die Regierung wird auf das Preßgesetz verzichten, wie es heißt; sie wird die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes nur für die großen Städte verlangen, und für die Forderung dürfte sich leicht eine Mehrheit zur Rechten und im Centrum finden. Leon Say und Dufaure bleiben im Ministerium; Buffet hat versprochen, auf der Tribüne eine Erklärung über die Wahlpolitik der Regierung abzugeben, welche darnach angethan, das linke Centrum zufriedenzustellen; unter dieser Bedingung haben Dufaure und Leon Say sich zum Bleiben entschlossen. Daß zu einem Wechsel im Ministerium, insbesondere zum Rücktritt Buffet's bisher kein Grund vorliege, erklärt die ministerielle Partei auf ziemlich plausible Art. Die Mehrheit bei den Senatswahlen war eine ganz vorübergehende; man kann nicht von dem Marschall erwarten, daß er ein legitimistisch-bonapartistisch-republikanisches Ministerium wähle, weil eine legitimistisch-bonapartistisch-republikanische Coalition die Mehrzahl der Senatoren gewählt hat. Ein solches Ministerium könnte nicht dauern. Für's Erste bleibt also Alles beim Alten. Bei der heutigen Senatorenwahl werden, wie man glaubt, de Montaignac und de Malleville die erforderliche Mehrheit erhalten; übrigens fängt man in der Kammer nicht minder als im Publikum an, für diese Wahl eine große Gleichgiltigkeit zu beweisen. Mehrere gemäßigte Republikaner haben gestern abermals Dufaure eine Candidatur angetragen, der sie jedoch ablehnte, mit dem Bemerken, daß er glaube, in seinem Heimathsdepartement, der Charente Inferieure, als Gegner der Bonapartisten bessere Dienste leisten zu können. Dagegen rieth er den Republikanern, seinen Collegen de Montaignac zu wählen. — Die Campagne für die Senatswahlen in den Departements beginnt heute mit der Veröffentlichung eines wichtigen Manifestes, das von den Deputirten Waddington, Graf de Saint-Vallier und Henri Martin unterzeichnet ist. Der Graf de Saint-Vallier war bekanntlich lange Zeit hindurch Cabinetschef im Ministerium des Aeußeren und vertrat Jules Favre in Tours und Bordeaux. Wie Waddington ist er ein Vernunftrepublikaner, was die drei genannten Deputirten vertraten, also die gemäßigten und die vorgeschrittene republikanische Partei. Sie haben in ihrem Manifest eine Formel gefnnden, welche wahrscheinlich das Stichwort aller republikanischen Senatscandidaten werden wird. Es heißt in dem Manifeste, welches die drei als Senatscandidaten an die Wähler des Aisne-Departements richten: „Die Hauptaufgabe für jetzt und für die nächsten Jahre faßt sich in zwei Worte zusammen: Man hat mit Energie die republikanischen Gesetze vom 25. Februar zu vertheidigen und man hat das Recht der Verfassungsrevision, wenn es eines Tages zur Anwendung kommen soll, nur zur Verbesserung und zur Befestigung der Verfassung, nicht aber zu ihrer Zerstörung anzuwenden. Seht um euch: hat die Erfahrung dieser letzten Jahre auch nicht klar bewiesen, daß das materielle und finanzielle Gedeihen Frankreichs nichts von der republikanischen Staatsform mit den conservativen Bürgschaften, welche die Verfassungsgesetze ihr sichern, zu fürchten hat? „Jeder von uns," schließen die drei Candidaten, „sucht nicht blos seine eigene Wahl nach, er bittet alle seine Freunde für die gesammte Liste zu stimmen und sich so der liberalen und conservativen Politik, welche die unsrige ist, anzuschließen." Mit anderen Worten: die Republi-

kaner werden das Princip der Listenabstimmung, das bei den Deputirtenwahlen ausgeschlossen ist, wenigstens bei der Senatorenwahl nachdrücklich zur Geltung zu bringen suchen. — Der König von Portugal hat der Marschallin Mac Mahon und der Herzogin Decazes die Insignien des Elisabeth-Ordens überreichen lassen.

⊙ **Paris**, 21. December. [Aus der Nationalversammlung. — Der Antrag Naquet's auf Amnestirung der Communekämpfer. — Der neueste Ministerrath. — Orleanistisches. — Freisprechung.] Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung war stürmisch. Wie gewöhnlich begann man mit der Senatorenwahl; welche diesmal gar kein Resultat lieferte. Die absolute Mehrheit betrug 318, aber der Minister de Montagnac erhielt nur 305 und de Malleville nur 302 Stimmen. Um ein Ende zu machen, beschloß man, heute nöthigenfalls zwei Abstimmungen vorzunehmen. Die sodann auf der Tagesordnung stehende Discussion über die Wahlbezirke ist nicht weit vorgerückt, da Naquet unversehens mit einem Antrage herausrückte, der eine lange Debatte nach sich zog. Er stellte nämlich einen Antrag auf Gewährung vollständiger Amnestie für alle seit dem 4. September 1870 begangenen politischen Verbrechen und verlangte die Dringlichkeitserklärung. Ein heftiger Ausbruch des Unwillens empfing zur Linken diesen Vorschlag. Niemand hatte denselben erwartet, am wenigsten die Republikaner. Die intransigenten Radicalen hatten sich seit Anfang der Session ruhig verhalten; man sah sie jetzt plötzlich ihren Trumpf ausspielen, und welchen Trumpf! Es handelte sich offenbar um nichts anderes als ein Wahlmanöver, bestimmt, die Radicalen gegen die Verfassungs-Republikaner aufzubringen. Der Naquet'sche Antrag war von Madier-Montjau, Ordinaire, Bouchet, Esquiros mitunterzeichnet. Naquet begründete ihn damit, daß sich in Neu-Caledonien die abscheulichsten Vorfälle zutrügen. Den Deputirten gegenüber habe die Regierung die Folter wiederhergestellt (furchtbarer Lärm; der Redner wird zur Ordnung gerufen). Er wisse von zahlreichen Fällen, fährt der Redner fort, wolle aber nur einen Deputirten erwähnen, den man Hungers habe sterben lassen. (Neuer Lärm.) Als Naquet von der Tribüne stieg, blieb die Linke einen Augenblick unter dem Eindruck der ersten Verwirrung; die Rechte jubilirte. Dann verlangte der Republikaner George Périn das Wort. Er und seine Freunde werden für die Dringlichkeit des Antrags stimmen, aber sie bedauern, daß er gestellt worden. Der Vorschlag ist unnütz vor einer Versammlung, deren Gesinnung man kennt. (Lärm rechts.) Wir hatten uns vorgenommen, fährt Périn fort, die Amnestie von der neuen Versammlung zu fordern (Ausrufungen rechts); vor ihr werden wir mit den nöthigen Actenstücken erscheinen; auch wir sind seit zwei Jahren in Verbindung mit den Deputirten von Neu-Caledonien und wir wissen, wie es dort zugeht. (Lärm rechts.) Die Deputirten haben Anspruch auf Menschlichkeit und Achtung, Denn sie haben für ihre Meinungen gekämpft. (Tumult zur Rechten, der Präsident verweist dem Redner diese Aeußerung.) Ich frage die Orleanisten, was sie von den Combattanten von 1830 denken. (Beifall links. Pressensé bekämpft die Dringlichkeitserklärung. Eine volle oder ganze Amnestie sei unzulässig; Redner und seine Freunde haben schon vor längerer Zeit die theilweise Amnestie verlangt; sie können aber einen Antrag nicht billigen, der nicht durch ein Gefühl der Menschlichkeit eingegeben ist, sondern nur durch den Wunsch, sich den Wählern zu empfehlen. (Anhaltender Beifall links.) — Lepère (Präsident der Linken): Unsere Partei hat bereits vor 2 Jahren einen Amnestievorschlag eingebracht; er war von 80 Deputirten, unter denen Herr Naquet, unterzeichnet. Welchen Zweck verfolgt denn jetzt Herr Naquet, indem er seinen vereinzelten Vorschlag einbringt? Warum hat er uns nicht von seiner Absicht in Kenntniß gesetzt? Da er auf eigene Faust und ohne seine Freunde handelt, darf er sich nicht wundern, wenn seine Freunde ihn allein lassen. (Beifall links.) Ich habe immer die Amnestie gewünscht, schließt Lepère, aber Herr Naquet hat nicht das rechte Mittel gewählt, sie zu erlangen, und ich werde also nicht für die Dringlichkeit stimmen. — Der Schluß der Debatte wird hier von der Linken verlangt, aber von der Rechten abgelehnt. Madier-Mantjau protestirt gegen die Behauptung, daß seine Freunde es auf ein Wahlmanöver abgesehen hätten; sie wendeten sich einfach darum an die jetzige Kammer, weil Niemand wissen könne, ob er in die künftige Kammer gewählt wird. — Langlois kritisirt den Naquet'schen Antrag mit seinem gewöhnlichen Ungestüm. Man möge den Art. 2 desselben ansehen, worin es heißt, daß nicht nur die politischen Verbrecher amnestirt werden sollen (hiermit wäre der Redner völlig einverstanden), sondern daß auch alle diejenigen Urtheile zu revidiren sind, welche wegen Verbrechen gemeinen Rechts, die mit politischen Verbrechen in Verbindung stehen, verhängt worden sind. Unter solchen Umständen beantragt Langlois die Beseitigung des Naquet'schen Antrages durch die Vorfrage. Demgemäß wird jetzt, nach Schluß der Debatte, die Vorfrage zur Abstimmung gestellt und angenommen. Der Naquet'sche Antrag ist also beseitigt. Heute gehen die republikanischen Blätter mit Naquet scharf in's Gericht, die Gambetta'sche „Republique" nennt ihn einen Declamator, einen Störenfried, einen falschen Tugendhelden, der durch hohle Demonstrationen die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken suche. Auch der „Rappel" schont ihn nicht, tadelt aber zugleich die Linke, welche sich durch ihr Votum den Anschein gegeben hätte, als ob sie von der Amnestie nichts wissen wollte. — In dem gestrigen Ministerrath ist, wie eine Note der „Debats" mittheilt, über das politische Programm der Regierung mit Rücksicht auf die Wahlen nichts entschieden worden. Man sprach nur von der Eintheilung der Wahlbezirke und dem Preßgesetz. Buffet will nicht zugeben, daß die Stadt Paris mehr als 18 Wahlbezirke und folglich mehr als 18 Deputirte erhalte (die Linke verlangt deren bekanntlich 25). Was das Preßgesetz und den Belagerungszustand angeht, so will der Vicepräsident des Conseils nicht den letzteren debattirt sehen, ehe entschieden worden, ob überhaupt ein Preßgesetz zu Stande kommt, und auf alle Fälle beabsichtigt er die Fortdauer des Belagerungszustandes in den 4 großen Departements zu verlangen. Die „Debats" constatiren übrigens als etwas Bemerkenswerthes, daß die Minister einander höflich begegnet sind. — Die Orleanisten suchen in dem Oise-Departement ein Bündniß mit den Republikanern einzugehen, um den Duc d'Aumale bei den Senatswahlen daselbst durchzubringen. Der Vertreter der Prinzen, A. Langel, hat den Republikanern die Aufstellung einer Candidatenliste mit drei Namen, worunter zwei republikanische, vorgeschlagen. Die Orleanisten werden sehr kleinlaut, wie man sieht. Der Pact ist aber noch nicht abgeschlossen. — Vor den Pariser Assisen kam gestern ein Sensationsprozeß zum Austrag, der die Pariser in hohem Grade interessirt hat. Man erinnert sich vielleicht des Vorfalls, der ihm zu Grunde lag. Ein ehrsamer Uhrmacher, Namens Marambat, hatte in einem Kaffeehause des Boulevard Saint-Germain den Verführer seiner Tochter, einen gewissen Robert erstochen, weil dieser dem jungen Mädchen die Ehe verweigerte, nachdem sich die Folgen des Verhältnisses nicht verheimlichen ließen. Der junge Mann war schwer verwundet und kam mit genauer Noth davon. Die Sache machte Lärm. Al. Dumas schrieb einen großen Brief, worin er dem Vater Marambat Recht gab. Auch die Geschworenen haben ihm Recht gegeben, denn er ist gestern nach einer Verhandlung, die nicht ganz so pikant war, wie es das Publikum gehofft hatte, freigesprochen worden.

* **Paris**, 21. December. [Die officielle Candidatur. — — Ein Brief Dupanloup's.] Die legitimischen Organe haben verrathen, daß es Buffet mit den officiellen Candidaten vollkommen Ernst ist. Das Rundschreiben, welches den Präfecten allgemeine Weisungen ertheilt, sollte im heutigen Ministerrathe geprüft werden; die endgültigen Verhaltungsmaßregeln für die Wahlen dagegen sollen jedesmal erst an jeden Präfecten kurz vor der Entscheidung abgehen, um Indiscretionen vorzubeugen. Die „Republique Francaise" schließt eine Betrachtung über diesen Punkt mit der Klage:

„Es taugt nichts, daß unsere Demokratie und ihre Regierung sich daran gewöhnen, einander zu bekämpfen; jene, um durch einen energischen Anlauf die Freiheit zu erringen, auf die sie ein Recht hat, das ihr vorenthalten wird; diese, um durch Trug und Bestechung ihren eigenen Willen dem Willen der Nation aufzudrängen. Wir wünschen, daß unser Land sich gleichzeitig an die Achtung vor der Freiheit und die Achtung vor der Regierung gewöhne; doch die officielle Candidatur bedroht nicht blos die Freiheit, sondern stellt auch zugleich die Obrigkeit bloß."

Sehr bemerkt wurde folgender Aufruf zu Extratouren in der frommen „Gazette du France":

„Das Böse, welches der Mangel an Einheit im Cabinet bereitet, ist unberechenbar, und wenn im Moment der allgemeinen Wahlen, wo sich alle persönlichen Feinde des Marschalls verbünden werden, um ihn auf „gesetzliche" Art zu stürzen, wie sie sich schon in der Versammlung verbündeten, um ihm den ersten Schlag zu versetzen — wenn der Marschall in diesem entscheidenden Augenblicke seiner Verwaltung nicht eine bestimmte, klare, energische Richtung giebt, wenn er nicht das Losungswort seiner Politik bekannt macht, indem er an alle Diejenigen, die im Lande aufgelegt sind, ihn zu vertheidigen und den Sieg der Factionen zu hindern, einen Aufruf erläßt, wenn er in diesem Punkte nur die geringste Lässigkeit zeigt, wenn die Staatsgewalt annehmen läßt, sie schwanke über die einzuschlagende Bahn, so eilen wir den Katastrophen entgegen. Das ist die Wahrheit. Wir sind der Erklärungen des Herrn Dufaure auf der Tribüne, welche durch seine Haltung und seine Abstimmungen in der Versammlung Lügen gestraft werden, überdrüssig. Die Stunde der abgewogenen Programme ist vorbei; jetzt bedarf es der Handlungen."

Hierzu macht die „Opinion Nationale" die Randglosse:

„Die „Gazette de France" giebt dem Ministerium ein Beispiel: nie hätte ein cäsarisches Blatt unter dem Kaiserreich auf ungeschminktere Weise die officielle Candidatur und den Verwaltungsdruck verlangt. Wir nehmen an, daß das legitimistische Blatt noch keinen Staatsstreich fordert. Doch das wird vielleicht noch kommen."

Die „Gazette de France" bringt auch folgenden sehr lehrreichen Brief, den Msgr. Dupanloup einem seiner Freunde geschrieben hat:

Bon-Repos in Viroflay (Seine-et-Oise), den 19. December 1875.

Mein theurer Freund! Können Sie mir zu einer Wahl Glück wünschen, die unter so traurigen Umständen vollzogen wurde? Und, was mich persönlich betrifft, was soll ich dazu sagen, als daß ich jetzt am Ende meines Lebens wie Daniel in den feurigen Ofen von Babylon geworfen bin? Bitten Sie wenigstens Gott für mich, damit er mir, da er zuließ, daß ich bei dieser Wahl so ziemlich der letzte der Senatoren war, die Kraft giebt, bis ans Ende für die unumstößlichen Rechte des heil. Vaters, die Freiheit der Kirche und das Heil der Gesellschaft zu kämpfen. Ganz der Ihre in unserm Herrn.

Felix, Bischof von Orleans.

[Trost für das rechte Centrum. — Bonapartistisches.] Die Liberalen von der Farbe des Herzogs Audiffret-Pasquier reden dem rechten Centrum Trost ein und wollen ihm klar machen, daß die Sache des Orleanismus noch keineswegs verloren sei, wenn seine Anhänger nicht die Flinte ins Korn werfen. Der „Moniteur" vergleicht seine Partei mit den Bonapartisten, die ihre sehr beachtenswerthen Erfolge durch zähes Ausharren erworben haben — der Vergleich hinkt mehr als nöthig wäre; denn die Bonapartisten haben eine Partei im Lande und die Orleanisten nicht. Deshalb gerade ist die parlamentarische Niederlage der letzteren so zerschmetternd, weil sie eben nur eine parlamentarische Partei sind. Inzwischen versuchen die Bonapartisten von der Zerstückelung des rechten Centrums dadurch Nutzen zu ziehen, daß sie die Gruppe de Clerq ganz zu sich herüberziehen; und es ist wenigstens wahrscheinlich, daß die Mitglieder der letzteren bei den Wahlen sich an die Imperialisten anschließen werden.

[Buffet] hat eine größere Anzahl von Präfecten zu sich beschieden, um ihnen seine Instructionen für die Wahl zu ertheilen. Dieselben sind im Sinne der „socialen Gefahr" gehalten; die Präfecten sollen sich vergewissern, welcher Richtung die Conservativen ihres Departements huldigen, und sollen das conservative Princip mit Berücksichtigung dieser localen Verschiedenheiten unterstützen. Von „Republik" soll in den Vorschriften des Ministers nichts vorkommen.

[Rouher] ist gestern nach Chiselhurst gereist. Der kaiserliche Prinz hat, wie man hört, schon seit einiger Zeit thatsächlich die Leitung oder wenigstens die Oberaufsicht der bonapartistischen Geschäfte, nimmt wie ein Souverain die Berichte entgegen und soll Herrn Rouher erklärt haben: „Ich verehre Sie aufs höchste; aber für die Schritte der Bonapartisten trage ich in letzter Linie die Verantwortung, ich will also auch die Entscheidung haben." Sein persönlicher Berather dürfte vor Allen Fleury sein.

[Verträge mit Deutschland.] In Versailles findet heute die Ratification der Verträge statt, welche mit Bezug auf das internationale Maß- und Gewichtssystem zwischen Frankreich und Deutschland geschlossen worden sind.

Großbritannien.

A. A. C. **London**, 20. December. [Zweite Rede Derby's.] Ueberhäuft mit neuen Ehrenbezeugungen ist Lord Derby aus Edinburg nach seinem Stammsitze Knowsley Park zurückgekehrt. Der Einführung als Lord Rector der Universität folgte am nächsten Tage die feierliche Verleihung des Bürgerrechtes seitens der schottischen Hauptstadt und auch bei dieser letzteren Gelegenheit hielt der Minister des Aeußeren wieder eine politische Rede, welche sich über das Niveau des gewöhnlichen Interesses erhebt. Das Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten nimmt naturgemäß auch diesmal wieder unsere Aufmerksamkeit vorzugsweise in Anspruch und wiewohl demselben in der Rede selbst herkömmlicher Weise die letzte Stelle eingeräumt war, stellen wir die betreffenden Auslassungen in ihrem Wortlaut voran, während für die Bemerkungen über innere Politik eine kurze Skizzirung vollkommen ausreicht:

„Mit Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten, für welche ich specieller verantwortlich bin, werden Sie wohl auch einige Worte von mir erwarten und ich kann mit Wahrheit sagen, daß ich keine Ankündigung über diesen Gegenstand zu machen habe, welche nicht befriedigender Natur ist. (Beifall.) Viele Dinge möchten wir zweifelsohne gerne anders sehen als sie sind. Es ist nicht angenehm zu denken, daß die vier großen Militärstaaten Europa's zusammen einige sieben Millionen Menschen für den Krieg ausgebildet haben, oder in deren Ausbildung begriffen sind und soweit ich ausfindig machen kann, geht diese Schätzung nicht über die augenblickliche Wirklichkeit hinaus. Es harmonirt nicht so ganz mit unseren Ideen von Freiheit und Frieden, daß es auf dem Continente kaum einen Mann von militairfähigem Alter giebt, der nicht in kurzer Frist von seinem Geschäft und seinem Heim fortgeholt und weit weg in den Kampf geschickt werden kann, weil zwischen seiner Regierung und irgend einer anderen Regierung ein Streit ausgebrochen ist, über dessen Recht oder Unrecht er wahrscheinlich gar nichts weiß. (Beifall.) Dies ist nicht gerade ein idealer Zustand der Civilisation. Aber weil diese Streitkräfte vorhanden sind, so folgt daraus doch noch nicht, daß sie nothwendigerweise in Anwendung kommen. Gerade die Höhe der Einsätze um welche gespielt wird, macht selbst kühne Spieler behutsam. So ungeheuer die Vorbereitung für, oder soll ich sagen die Vorsichtsmaßregeln gegen den Krieg, auch sind, ich sehe keinen Beweis von einer Absicht dieselben zu gebrauchen. Ich glaube, daß die Europäischen Regierungen den Frieden wünschen, und wo der Wunsch der Friedenserhaltung besteht, läßt sich dieselbe in der Regel auch durchführen. Wir haben augenblicklich eine Frage vor uns — und wenn ich sage uns, so meine ich nicht das englische Cabinet allein, sondern die verschiedenen Cabinette Europa's — eine Frage, von der wir das Ende wahrscheinlich noch auf eine lange Weile nicht zu hören bekommen werden, deren endgiltige Lösung Niemand klar voraussieht und bezüglich deren für den Augenblick wohl nur zeitweilige Auskunftsmittel möglich sind. Die einzelnen Umstände kennen Sie eben so gut wie ich. Ein Aufstand auf türkischem Gebiete, unbedeutend in seinen Anfängen, durch auswärtige Mächte nicht ermuthigt, welcher durch entschiedenes Vorgehen leicht zu unterdrücken gewesen wäre, wurde vernachläßigt, bis derselbe zu einer ernstlichen Insurrection anschwoll. Selbst da schien dieselbe schließlich noch nachzugeben, als Mittel zur Unterdrückung angewandt wurden. Vor drei Monaten noch hielten die bestunterrichteten Personen eine lange Dauer oder eine größere räumliche Ausdehnung der Insurrection für unwahrscheinlich. Da kam aber ein finanzieller Zusammensturz, das Resultat einer langjährigen Laufbahn von Verschwendung und Mißverwaltung, und die Erklärung der Pforte, daß sie außer Stande sei, ihren Gläubigern mehr als 50 pCt. zu zahlen. Dieser Umstand entmuthigte naturgemäß die Freunde der Türkei und regte ihre Feinde an. Die Insurrection gewann an Boden, und obschon dieselbe auch jetzt in Bezug auf verfügbare militärische Mittel nicht sehr furchtbar ist, und auch die meisten Insurgentensiege, von denen Sie lesen, stark übertrieben sind, so herrscht doch eine so große Aufregung in den Köpfen der angrenzenden Bevölkerung, daß Niemand sicher sein kann, der Aufstand werde sich nicht räumlich in's Unbestimmte ausdehnen. Die Regierungen Oesterreichs und Rußlands sind, glaube ich, durchaus ehrlich in ihrem Wunsche dies zu verhüten. Sie haben ihre Gründe dafür, im gegenwärtigen Augenblicke nicht die ganze orientalische Frage zu eröffnen; und auf das Risico hin, von einigen Leuten für nichtgläubig gehalten zu werden, wiederhole ich es als meine Ueberzeugung, daß es ihnen aufrichtig darum zu thun ist, Frieden und Ordnung wiederergestellt zu sehen. (Beifall.) Aus den Zeitungen ersehen Sie, daß Oesterreich im Begriffe steht, einen Plan als Basis für die Pacificirung dieser beunruhigten Provinzen vorzuschlagen. Die Tragweite dieses Planes kann ich noch nicht, und auch wenn mir dieselbe bekannt wäre, würde ich nicht dazu berechtigt sein, denselben hier zum Gegenstande einer öffentlichen Besprechung zu machen. Dies eine aber werden Sie Alle fühlen, daß die Behandlung innerer Angelegenheiten eines fremden Landes ihre großen Schwierigkeiten hat. Giebt man nun allgemein Rathschläge, so wird nichts daraus; geht man aber in's Detail, da sind bei einem halben Dutzend Rathgeber alle Aussichten auf eine Meinungsverschiedenheit vorhanden, und selbst wenn sie unter einander einig sind, dann bleibt ein Ausschuß von hervorragenden Ausländern doch immerhin eine für die Verwaltung eines Staates nicht besonders geeignete Körperschaft. (Beifall) Ferner, um mit eingewurzelten Streitigkeiten von Religion und Race zu hantiren, bedarf es einer starken und unparteiischen Regierung; eine Regierung aber, welche sich fortwährend auf auswärtige Einmischung und auswärtige Hilfe zu stützen hat, kann nicht stark sein, und wenn sie nicht Stärke genug besitzt, um sich bei Unterdrückung localer Streitigkeiten von localer Hilfe unabhängig zu machen, kann sie nur schwer unparteiisch sein. Wie soll auswärtiger Einfluß mit Nutzen angewendet werden, ohne die innere Verantwortlichkeit zu verringern? Wie sollen die aufständischen Unterthanen eines fremden Staates sich auf gütlichem Wege zur Unterwerfung bringen lassen, ohne ihrerseits ein Gefühl wachzurufen, daß sie unter einer getheilten Staatsangehörigkeit und unter einem fremden Protectorate leben? Dies sind ein Paar von den Fragen, welche sich aufwerfen. Ich erwähne dieselben, nicht um Sie zu einer vorgefaßten Schlußfolgerung zu veranlassen, sondern damit Sie die ernstlichen Schwierigkeiten der Arbeit zu schätzen vermögen, zu deren Uebernahme die europäische Diplomatie gezwungen worden ist. Sie mögen uns wohl wünschen, daß wir die Sache gut überstanden hätten, aber seien Sie nicht unvernünftiger Weise unzufrieden, wenn die schließlich erreichte Lösung nicht ganz so ausfällt, wie wir vielleicht wünschen möchten."

Zum Schluß der Rede sagte der Minister dann nochmals über den Suezactienkauf:

„Wir hatten es, und zwar in einiger Hast, mit einem gänzlich unvorhergesehenen Fall zu thun. In dem einen wie in dem anderen Falle hatten wir eine große Verantwortlichkeit auf uns zu nehmen. Wir haben nicht gezögert und mit Zuversicht werden wir das Parlament um die Ratifizirung unseres Entschlusses angehen."

Ueber innere Politik sprach Lord Derby sich in ähnlicher Weise aus, wie Tags zuvor bei der Arbeiterversammlung:

„Er wies darauf hin, daß gegenwärtig von gar keiner Agitation im Lande die Rede sei, daß große Fragen, welche constituionelle Veränderungen in sich schließen, nicht vorliegen, daß aber das Parlament darum doch nicht die Hände in den Schooß legen werde, sondern Maßregeln socialer Natur um so größere Aufmerksamkeit schenken müsse. Mit Bezug auf die Lage des Handels und der Industrie müsse man sich wohl auf eine ungünstige Zeit gefaßt machen, indeß sei alle Hoffnung vorhanden, daß dies nicht lange andauern werde; und über das Capitel der Colonialpolitik schließlich erklärte Lord Derby, daß er noch keinen practicablen Plan für die engere Heranziehung der Colonien an das Reich gesehen habe.

[Zur Mission Charles Hamonds.] Lord Derby hat die britischen Botschafter in Konstantinopel und Paris auf telegraphischem Wege instruirt, dem Parlamentsmitgliede Charles Hamond jeden nur möglichen nicht officiellen Beistand angedeihen zu lassen, um ihn in den Stand zu setzen, entweder in Paris durch Sadyk Pascha oder in Konstantinopel seinen Plan zur Reorganisation der ottomanischen Schuld der Pforte zur Begutachtung zu unterbreiten. Mr. Hamond begiebt sich heute Abend nach Paris.

[Der Krieg auf der Malayischen Halbinsel.] Der britische Feldzug gegen die aufständischen Malayen scheint von Erfolg begleitet zu sein. Das Ministerium für die Colonien hat aus Penang eine weitere Depesche des Gouverneurs, Sir W. Jervois, empfangen, wonach die den Perakfluß hinaufziehenden Truppen und Blaujacken am 13. d. in Blanja ankamen, ohne auf Widerstand zu stoßen. „An jedem Orte" — heißt es weiter — „wurde bei unserer Annäherung eine weiße Fahne aufgehißt. Ismail und seine Streitkräfte waren von Blanja durch das Jungle nach Kinta marschirt; Truppen folgten. Drei Meilen vor Blanja erhielt Dr. Randall einen Schuß durch die Hüfte. Das Ergebniß des Vorrückens auf Kinta ist noch nicht bekannt." Spätere Nachrichten übermittelt ein Special-Telegramm der „Times" aus Penang vom 18. d. Dasselbe lautet: „Die Colonnen des Brigadier Roß mußten Mangels an Transportmitteln in Qualla Kongsa Halt machen. — Zweihundert Mann der Buffs marschiren nach Malacca. Amtliche Nachrichten über Kinta, der Veste Ismails, liegen nicht vor. Die Chinesen melden, daß es genommen sei. Brigadier Roß empfing einen Brief von General Colborne, worin er um Verstärkungen bittet, um Kinta angreifen zu können. Die Mundvorräthe sind knapp. General Colborne hat sich nach Blanja zurückgezogen, um Proviant und Verstärkungen abzuwarten."

[Der Prinz von Wales in Indien.] Aus Calcutta wird dem „Reuterschen Bureau" unter dem 20. d. telegraphirt: „Die Maharajahs Scindia und Nolkar, sowie die Maharajahs von Jeypore, Puttiala, Reiva, Benares und Pundah, die Begum von Chopal, der Rajah von Ihemed, die napaulesischen und birmanischen Botschafter, sowie zahlreiche untergeordnetere Häuptlinge sind hier angekommen. Zum Empfange des Prinzen von Wales werden großartige Vorbereitungen getroffen. Dem bereits entworfenen Programme zufolge trifft der Prinz am 23. d. M. hier ein und begiebt sich in großem Aufzuge nach dem Gouvernementspalast. Am folgenden Tage empfängt er die eingeborenen Fürsten und Häuptlinge. Am Abend findet ein großes Feuerwerk statt und die Stadt wird illuminiren. Am Weihnachtstage wird der Prinz dem Gottesdienst in der Kathedrale anwohnen und Nachmittags sich nach Banalepore begeben. Dort findet am 27. in dem Palais des Gouverneurs von Bengalen ein Gartenfest statt, welchem sich ein Diner anschließt. Abends giebt der Vicekönig einen Ball im Gouvernements-Palast. Am 28. und 29. wird der Prinz den indischen Fürsten und Häuptlingen Gegenbesuche abstatten und am Nachmittag des erstgenannten Tages einen Empfang abhalten. Für den 29. sind Pferderennen anberaumt. Dann begiebt sich der Prinz auf die Jagd nach dem Innern und kehrt am 31. nach Calcutta zurück. Am nämlichen Abend findet ein öffentlicher Ball statt. Am 1. Januar hält der Prinz ein Capitel des Ordens vom Stern von Indien und besucht am Abend das Theater. Am 3. Januar verläßt er mit seinem Gefolge Calcutta und reist nach Banhipore und Benares." Aus Madras meldet der Correspondent der „Times": „Die Fürstin von Tanjore besuchte den Prinzen von Wales im Gouvernements-Palast und wurde den Damen der Familie des Herzogs von Buckingham vorgestellt. Der Prinz wurde ihr hinter einem Wandschirm vorgestellt. Er streckte seine Hand aus und die Fürstin erfaßte dieselbe. Mr. Hendersor fungirte als Dolmetsch, da die Fürstin von Tanjore wenig Englisch spricht. Sie redete den Prinzen „Mein königlicher Bruder" an und sprach von der Königin als ihrer königlichen Schwester."

[Zum Unglücksfall in Bremerhaven] wird der „Times“ aus Southampton geschrieben:

„Da Thomas, alias Thomassen, der geständige Verüber des teuflischen Verbrechens in Bremerhaven, gesagt hatte, daß die Güter, auf welche die Ueberversicherungen effectuirt werden sollten, in Southampton verschifft werden würden, wird es die Leser der „Times“ interessiren zu hören, daß alle möglichen Recherchen hier angestellt wurden, um der Wahrheit dieser Angaben auf die Spur zu kommen, und daß dieselbe sich als unbegründet herausstellte. Die französischen und englischen Güter, die hier für den „Deutschland“ und die „Mosel“ gebucht und nunmehr per „Salier“ verschifft wurden, rührten hauptsächlich von renommirten Firmen her und nach den Erkundigungen zu schließen, die bei den Assecuradeuren in England und Frankreich eingezogen wurden, sind keine verdächtige Versicherungen effectuirt worden. Die Uebertragung der Ladung, des Passagiergepäcks und der Zeitungen von der „Mosel“ nach dem „Salier“ fand unter der strengen Aufsicht der deutschen Behörden in Bremerhaven statt, die sich völlig überzeugten, daß kein gefährliches Packet an Bord des „Salier“ gelangt sei, und selbst nicht zufrieden, damit schickten sie einen sehr intelligenten Beamten nach Southampton, welcher im Interesse des Schiffes und dessen Passagiere sehr sorgfältig die gesammte französische und englische Ladung prüfte, ehe sie daselbst an Bord gebracht wurde. Als das alarmirende Gerücht in der „Bremerhavener Zeitung“ erschien, thaten der Mayor und die anderen Municipalbehörden von Southampton sofort Schritte, um dessen Wahrheit zu untersuchen, aber sie waren befriedigt, als sie die beruhigenden Angaben des deutschen Consuls, der Agenten des Norddeutschen Lloyd, des Befehlshabers des „Salier“, Capitän Franke, und des schon erwähnten Beamten hörten.“

Die „Times“ enthält folgende „C.“ unterzeichnete Zuschrift:

„Dem in der „Times“ vom Sonnabend enthaltenen Telegramme Ihres preußischen Correspondenten zu Folge, theilte der Missethäter, welcher die von so schrecklichen Folgen begleitete Explosion in Bremerhaven verursachte, in seinem Geständnisse mit, daß er den „Old Dominion“, einen Blockadebrecher während des amerikanischen Krieges befehligte. Er nennt sich ferner William King Thomas und sagt, daß er ein Amerikaner sei. Als der registrirte Verwalter und Eigner des in Rede stehenden Schiffes kann ich höchst bestimmt behaupten, daß der Capitän nicht William King Thomas hieß; noch war er ein Amerikaner, sondern ein Engländer, und nach meinem besten Wissen gab es keinen anderen Blockadebrecher dieses Namens.“

Provinzial-Zeitung.

*** **Breslau**, 23. December. [Exmission.] Wie die römische „Volksztg.“ berichtet, erschien gestern Vormittag zwischen 9 und 10 Uhr im Pfarrhause zu St. Vincenz ein königl. Polizei-Commissar und eröffnete dem Herrn Curatus und dem Hrn. Caplan (der Herr Pfarrer hatte bereits eine andere Wohnung bezogen), daß sie bis um 12 Uhr Mittags (welche Frist später bis um 6 Uhr Abends verlängert wurde) die Amtswohnungen geräumt haben müßten. Unter Protest zogen die beiden Herren aus.

Angekommen: Se. Durchlaucht Prinz Czartoryski, Rittergutsbesitzer, a. Galizien. (Fremdenbl.)

= **Niederschlesisch-Märkischer Bahnhof**, 22. Dec. Personenzug Nr. 16, Breslau-Berlin, mit 35 Minuten Verspätung abgegangen. Der Zug war von Oberschlesien verspätet eingetroffen.

§ **Striegau**, 21. December. [Weihnachtsbescheerungen. — Spargesellschaft. — Stadtverordneten-Nachwahl.] Der Wohlthätigkeitssinn der hiesigen Einwohnerschaft hat sich bei den am vorigen Sonntage stattgefundenen Weihnachtsbescheerungen aufs Neue offenbart. Zunächst beschenkte der Frauenverein eine Anzahl armer Schulkinder und Erwachsener beider Confessionen mit Kleidungsstücken, Büchern, Geldbeträgen 2c. Sodann hat die Loge eine Weihnachtsbescheerung an arme Kinder stattfinden lassen, mit welcher eine Christfeier verbunden war. Nachdem Cantor Ansorge dieselbe durch einen von einem Mädchenchor vorgetragenen Weihnachtsgesang eingeleitet hatte, hielt Kreisgerichtsrath Goldstein eine entsprechende Anrede, worauf die zu Beschenkenden die reichlichen Gaben hocherfreut in Empfang nahmen. Am Schlusse der Feier sprach P. Lummert im Namen der Beschenkten der Logenverbrüderung einen herzlichen Dank aus. Auch der Pestalozziverein brachte an 15 hilfsbedürftige Lehrerwittwen im hiesigen Kreise 665 Mk. als Weihnachtsgabe zur Vertheilung und war außerdem in der angenehmen Lage, noch 290 Mk. als Zuschuß zur Wittwen-Unterstützung in den übrigen Kreisen der Provinz abgeben zu können. — Nachdem die am 9. Juni 1869 gebildete Spargesellschaft mit dem ausgesprochenen Zweck, aus monatlich zusammengelegten Beiträgen von 1 Thlr. pro Mitglied so viele Werthpapiere über 100 Thlr. anzukaufen, als Theilnehmer sind, am Anfang dieses Monats dieses Ziel erreicht hat, fand gestern die letzte General-Versammlung behufs Ausschüttung der Masse statt. Zunächst brachte der Vorsitzende, Lehrer Friedrich, den Rechnungsabschluß zum Vortrage. Danach zählte die Gesellschaft 123 Theilnehmer. Es wurden an Monatsbeiträgen 28,782 Mark, an Zinsen 4835 Mark eingenommen, so daß sich ein Gesellschaftsvermögen von 33,617 Mark ergab, das in 123 Stück Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen angelegt wurde. Durch Vertheilung dieser Papiere sind eine Anzahl Beamte, Gewerbetreibende und Handwerker in den Besitz eines Capitals gelangt, das ihnen nun wegen der Geringfügigkeit der geleisteten Beiträge als gefunden erscheint. Voraussichtlich wird die Gesellschaft nach Neujahr sich von Neuem constituiren. — Die Betheiligung bei der in der II. Abtheilung heut stattgefundenen Nachwahl eines Stadtverordneten war eine äußerst geringe. Von 120 Wählern waren nur 6 erschienen. Es erhielten Gerbermeister Krause nnd Schlossermeister Schinner je 3 Stimmen, so daß das Laos entscheiden möste. Dasselbe fiel auf Herrn Krause, der neu in das Sadtverordnetencollegium eintritt.

tz. **Brieg**, 21. December. [Kirchliches.] Die hiesige über 5000 Angehörige zählende katholische Gemeinde wählte am Sonntage ihren Kirchenvorstand und die Gemeindevertretung. Mitglieder des ersteren wurden die Particuliers Bauch, Drüding und v. Garnier, die Kaufleute A. Elsner und Joh. Storch, Ziegeleibesitzer Klinke, Brauermeister Thiel, Maurermeister Tietze, Oberlehrer Preiß — sämmtlich in Brieg — und Rittergutsbesitzer Neumann in Rothbaus. Von 689 Wahlberechtigten betheiligten sich 299 an der Wahl. Als Wahlvorstand fungirten Justizrath Schneider, Kreisrichter Urban, Particulier v. Garnier, Kaufmann Storch und Erzpriester Schmidt. — Da die meisten evangelischen Kirchgemeinden der Städte mit der Fixirung der Gehälter ihrer Geistlichen und Kirchenbeamten vorgehen oder doch daran denken, so dürfte die Mittheilung der wichtigsten Bestimmungen der hiesigen Kirchen-Steuer-Ordnung, welche der Kirchenrath bei der diesmaligen Einholung der Steuer an die Gemeinde-Mitglieder vertheilen ließ, von Interesse sein. „Zur Deckung der fixirten Gehälter der Geistlichen und Kirchenbeamten, soweit dieselben nicht aus feststehenden Hebungen, Legaten, Stolgebühren bestritten werden, ferner des durch Aufhebung des Klingebeutels entstehenden Ausfalles wird auf Grund des unterm 12. October 1871 geschlossenen, vom Königl. Consistorium zu Breslau unterm 16. December desselben Jahres bestätigten Recesses eine Kirchensteuer nach folgenden Bestimmungen erhoben: 1) der Kirchensteuer unterliegen sämmtliche zur evangelischen Gemeinde Brieg gehörigen in dem Stadtbezirk und den eingepfarrten Dörfern wohnenden Personen, sofern sie ein selbstständiges Einkommen von mindestens 360 Mark beziehen. 2) Die Steuerpflicht beginnt: a. für diejenigen, welche in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben, mit dem Beginn des nächsten Kalender-Vierteljahres, nachdem sie zu einem steuerpflichtigen Einkommen gelangt sind, b. für Neuanziehende mit dem Beginn des auf den Anzug folgenden Kalender-Vierteljahres. 3) Die Steuerpflicht erlischt: a. durch den Tod des zur Kirchen-Steuer Veranlagten mit dem Ende des Kalender-Halbjahres, in welchem der Tod erfolgt, b. durch Aufgeben des Wohnsitzes oder Aufenthalts in der Gemeinde mit dem Ende des betreffenden Kalender-Halbjahres. 4) Die Veranlagung der Kirchensteuer erfolgt: a. bei denjenigen Gemeinde-Mitgliedern, welche Klassen- und klassificirte Einkommensteuer zahlen, nach Maßgabe des dieser Besteuerung zu Grunde liegenden Einkommens, b. bei denjenigen Gemeindegliedern, welche ein klassensteuerpflichtiges Einkommen nicht haben, unter Anwendung der für die Einschätzung zur Klassensteuer bestehenden Grundsätze. Die Steuerpflichtigen unter b. veranlagt der Gemeinde-Kirchenrath. 5) Für die Berechnung der Kirchensteuer sind die Steuersätze der Klassen- und klassificirten Einkommensteuer maßgebend, und werden von diesen Sätzen alljährlich auf Beschluß des Gemeinde-Kirchenrathes und der Gemeinde-Vertretung so viel Procent erhoben, als zur Deckung des Bedarfs erforderlich sind.“ 7) „Die Erhebung der Kirchensteuer erfolgt halbjährlich pränumerando durch besondere Erheber gegen gedruckte mit der Unterschrift des Kirchenkassen-Rendanten versehene Quittungen. Für die executivische Einziehung gelten die in Betreff der Staatssteuer gegebenen Vorschriften.“ — Die weiteren statutarischen Bestimmungen betreffen Aeußerlichkeiten, Ausliegen der Steuerrolle, Reclamationen 2c.

Handel, Industrie 2c.

Berlin, 22. December. Die heutige Börse stand unter dem Einfluß der intensivsten Geschäftslosigkeit und die Geringfügigkeit der Umsätze hatte hier und da einen solchen Grad erreicht, daß der Verkehr fast vollständig sistirt erschien. Dem entsprechend war denn auch die Tendenz eine schwer zu bestimmende, da in den Einzelfällen mehr oder weniger jede Stimmungsnuance vertreten war, ein allgemeiner Charakter aber kaum zum Ausdruck gelangte. Anfänglich neigte die Börse zur Festigkeit, wenigstens durfte dies aus den geringen Avancen, welche die Speculationspapiere bei Beginn des Geschäfts gegenüber den gestrigen Notirungen aufzuweisen hatten, gefolgert werden können. Ohne daß aber eine ausgesprochen matte Haltung zur Herrschaft gelangte, bröckelten die Course im weiteren Verlaufe nach und nach ab. Die internationalen Speculationseffecten sanken während dieser Periode auf das Niveau der gestrigen Schlußcourse. Gegen den Schluß der Börse nahmen sie indeß einen erneuten Anlauf, der denn auch von einer entsprechenden Besserung in der Notiz begleitet war. Besonders zeichneten sich hierbei österr. Staatsbahn und Lombarden aus. Bei Prolongationen bedangen Deport Credit M. 1,10--1,25, Franzosen 1⅛—2, Lombarden 0,80—0,90, Command. ⅛—⅙ %, Laurahütte ¼ %. Die localen Speculations-Werthe wurden wenig umgesetzt. Disconto-Commandit 131, ultimo 131—130¼—130¾, Dortmunder Union 12,60, ultimo 13—12,60, Laurahütte 68, ultimo 68½—68. In ausländischen Staats-Anleihen blieb der Verkehr fast ganz ausgesetzt und behaupteten sich in Folge dessen die letzten Notirungen unverändert. Oesterr. Renten und Loospapiere fanden schlankes Unterkommen. Türken und Italiener vernachlässigt. Russische Werthe fanden wenig Beachtung, Prämien-Anleihen waren matter, Bahnen indeß fest. Preuß. Fonds unverändert und ebenso wie andere deutsche Staatspapiere sehr still. Auch das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten blieb sehr gering. Münster-Enschede 100½ gefragt, Oesterr. Prioritäten fest, aber sehr still, Kaschau-Oderberger matt, Russische Priorit. ohne Leben. Auf dem Eisenbahnactienmarkte neigte die Tendenz eher zur Mattheit. Die rhein.-westf. Speculationsdevisen ließen etwas nach, betheiligten sich aber nur sehr wenig am Verkehr, Anh. schwach, ebenso Stettiner und Halberstädter, Potsd. gingen dagegen ziemlich lebhaft um und notiren auch um eine Kleinigkeit höher. Für leichte Bahnen war die Stimmung zweifelhaft, lebhafterer Verkehr fand aber in keinem Papiere statt. Rumänen waren sehr matt. Bankactien ruhig und ziemlich fest. Reichsbank in regem Verkehr, Centralbank für Industrie zog etwas an, Preußische Bodencredit sehr fest, Hannoversche Bank besser, Spritbank Wrede wiederum zu höherem Course belebt, Ritterschaftliche Privatbank in gutem Verkehr. Dessauer Landesbank billiger. Industriepapiere meist unbelebt. Nürnberger Brauerei und Unionsbrauerei anziehend, Friedrichshain Bauverein besser, Viehhof nachgebend, Westend gefragt, Flora beliebter, für Löwe fehlten Abgeber, Görlitzer Eisenbahnbedarf, Oberschlesischer Eisenbahnbedarf recht fest. Baltischer Lloyd belebt. Kohlenbergwerke eher fest. Aachen-Höngen niedriger, Hörder gesucht. — Um 2½ Uhr: Fest. Credit 352,—, Lombarden 197½, Franzosen 533, Reichsbank 157⅛, Disconto-Commandit 131¼, Dortmunder Union 12,60, Laurahütte 68, Köln-Mindener 94¼, Rheinische 114¼, Bergische 78¼, Rumänen 26¾ Gd. (Bank- u. H.-Z.)

[Giroverkehr bei der Reichsbank.] Die Einrichtung des Giroverkehrs bei der Deutschen Reichsbank ist, nach einem sehr großartigen Plane angelegt und wird unzweifelhaft auch ganz außerordentliche Wichtigkeit erlangen. Eben deshalb aber bedarf die Einrichtung auch sehr umfangreicher Vorbereitungen und so vielfacher Arrangements, daß es nicht möglich sein dürfte, sofort mit dem Inslebentreten der Reichsbank selber diese so aussichtsvolle Institution des Giroverkehrs in Wirksamkeit treten zu lassen. Es ist ein bestimmter Zeittermin für den Beginn dieses Giroverkehrs für jetzt zwar noch nicht anzugeben, fest steht aber, daß er nicht sofort vom 1. Januar ab eingerichtet werden wird.

[Entscheidung betreffend Entschädigung für Aufgabe des Notenprivilegiums.] In diesen Tagen ist von Seiten des Reichskanzlers an diejenigen Zettelbanken, welche bei ihm wegen Gewährung einer Entschädigung für die Aufgabe ihres Notenprivilegs vorstellig geworden waren, eine definitive Entscheidung dahin ergangen, daß nachdem der Reichskanzler nach § 2f. des Reichs-Bank-Gesetzes den Central-Ausschuß der Deutschen Reichs-Bank über den von den Zettelbanken gestellten Antrag gutachtlich gehört, dieser Ausschuß sich aber mit Stimmeneinhelligkeit gegen die Gewährung irgend einer Entschädigung ausgesprochen habe, er sich nicht in der Lage befinde, ihrem Antrage irgendwie Folge geben zu können.

[Eröffnung der Rakonitz-Protiviner Staatsbahn.] Noch vor Schluß des Jahres 1875 wird Böhmen um eine wichtige Verkehrslinie reicher sein. In diesen Tagen wird nämlich die Eröffnung der Rakonitz-Protiviner Staatseisenbahn erfolgen, deren Betrieb vor Kurzem durch die österr. Regierung der Direction der Dux-Bodenbacher Eisenbahn übertragen worden ist, und zwar zunächst am 20. December die Eröffnung der Theilstrecke Zditz-Protivin.

[Prioritäten der Hessischen Ludwigsbahn.] Die „Börsenzeitung“ schreibt: Eine wie willige Aufnahme die vor Kurzem emittirten Prioritäts-Obligationen der Hessischen Ludwigsbahn auf dem Capitalsmarkte gefunden haben, geht am besten aus der Thatsache hervor, daß der ganze gegenwärtig zur Begebung bestimmte Betrag bereits placirt ist, so daß also die Verkäufe aus erster Hand mit dem heutigen Tage aufgehört haben.

[Trennung des Südbahnnetzes.] Letzten Dinstag fand im Wiener Finanzministerium die erste Conferenz über die Trennung des Südbahnnetzes statt. Der Berathung wohnten bei der Handelsminister Chlumecky, der Finanzminister de Pretis, der Präsident des Pariser Comités der Südbahn, Baron Alphons v. Rothschild, und der Präsident des österreichischen Verwaltungsrathes, Baron Hopfen. Die Conferenz dauerte über eine Stunde und hatte eigentlich den Charakter einer zwanglosen Vorbesprechung. Der italienische Delegirte Sella ist heute noch nicht in Wien angelangt.

[Telegrammtarife.] Der neue Tarif für Telegramme, welcher am 1ten Januar k. J. zur Geltung kommt, hebt die bisherigen drei Tarifstufen von 5, 10 und 15 Sgr. auf und führt eine Einheit für den Depeschentarif herbei, wie er bereits in anderen Ländern, in England, Belgien, der Schweiz 2c., besteht. In England bezahlt man für jede Depesche bis 20 Worte einschließlich der Adresse 10 Sgr., in Belgien und der Schweiz mit einem kleineren Gebiete nur einen halben Frank, also etwa 4 Sgr. Der neue Tarif empfiehlt sich durch seine einfache Anwendung, indem Jeder, ohne auf die bisherigen Zonen Rücksicht nehmen zu müssen, weiß, was er außer der Grundtaxe für jedes Wort und für die ganze Depesche zu zahlen hat. Wenn bisher das einundzwanzigste Wort bei Depeschen der ersten Zone sofort den Satz der höheren, also 5 Sgr. Mehrausgabe, forderte, entsprechend auch für die beiden anderen Zonen der Tarif für ein Wort sich steigerte, so kostet jetzt jedes Wort über die Grundtaxe von 20 Pfennigen nur 5 Pfennige, wodurch es erleichtert wird, auch mehr Worte zu telegraphiren. Eine Unterschrift wird nicht mehr gefordert, aber eine Bescheinigung über die abgesandte Depesche soll besonders honorirt werden. Es ist die Absicht, auch für Reisende auf der Eisenbahn das Telegraphiren dadurch zu erleichtern, daß man die Depesche mit Briefmarken bekleben und beim Anhalten auf einer Station dem am Postwagen beschäftigten Beamten zur Abgabe an das Telegraphen-Amt kostenfrei übergeben kann.

[Niederschlesische Maschinenbau-Anstalt, vorm. C. Schiedt.] Am 20. stand auf dem Kreisgericht zu Görlitz der erste Termin für die Gläubiger der Niederschlesischen Maschinenbauanstalt, vorm. C. Schiedt, an. Der gerichtliche Commissar theilte zunächst mit, daß Seitens des Gerichts von der Siegelung Abstand genommen und der Fortbetrieb des Etablissements in Görlitz und Grünberg angeordnet sei. Der einstweilige Verwalter der Masse, Wieruszowski, erstattete Bericht über die bisher unternommenen Schritte und den gegenwärtigen Stand des Concurses. Der Weiterbetrieb des Etablissements war nothwendig, da bei Ausbruch des Concurses Aufträge in Höhe von 205,600 M. vorlagen, auf welchen 75,000 M. Forderungen haften. Wären die angefangenen Arbeiten nicht vollendet worden, so würden sie lediglich den Werth von altem Material haben und der Masse ein großer Schaden entstehen. Dazu kommt, daß sämmtliche 41 Beamte erst nach Ablauf der gesetzmäßigen Kündigungsfrist entlassen werden können; es galt also, auch sie bis dahin zu beschäftigen. Gekündigt ist denselben, von dem Arbeiterpersonal sind seit Anmeldung des Concurses 56 entlassen, 188 noch beschäftigt, und wird diese Zahl fortgesetzt reducirt. Die Gebäude und Materialien sind bei sechs Versicherungsanstalten mit 887,904 M. versichert. Die Summe der gegenwärtigen Bestellungen beläuft sich auf 188,600 Mark (für 16,900 Mark Waaren sind seit Beginn des Concurses bereits abgeliefert). Diejenigen Aufträge, an welchen für die Masse etwas verdient wird, sollen vollendet werden. Von der Fertigstellung aller übrigen Arbeiten, an denen nichts verdient wird, soll abgesehen werden. — So weit sich bis jetzt übersehen läßt, beträgt die vorhandene Activmasse für die Concursgläuber nach Abzug der bevorzugten Forderungen und 10 pCt. Verwaltungskosten 422,523 M. netto. Die Passiva betragen abzüglich der Hypothekenforderungen und der bevorzugten Forderungen 458,864 M., wozu noch 417,300 M. ausgegebene Obligationen kommen, also in Summa 876,164 Mark. Es ergiebt sich demnach ein Deficit von 453,641 Mark, so daß also für die Concursgläubiger circa 49 pCt. herauskommen. Wenn es gelingt, die Rechtsgiltigkeit der ausgegebenen Obligationen mit Erfolg zu bestreiten, was versucht werden wird, so dürften sich 90 pCt. ergeben. Der Verwalter schließt mit der nochmaligen Versicherung, daß diese Angaben zwar noch keinen Anspruch auf definitive Richtigkeit machen können, jedoch das Resultat aller bisherigen Erhebungen sind. Die anwesenden Gläubiger erklärten sich mit der angeordneten Weiterführung des Geschäfts einverstanden.

[Ungarische Creditbank.] Die Scontirung der Depots der Bank-Abtheilung hat, wie man der „Presse“ aus Pest mittheilt, die vollständige Ordnung der Depots ergeben. Der Gesammtverlust der Bankabtheilung wurde mit 160,000 fl. festgestellt. Nach den Feiertagen wird der Verwaltungsrath über die fernere Leitung des Bankgeschäftes verfügen. Morgen Dinstag erscheint die officielle Verlautbarung betreffs der vollen Einlösung des Januar-Coupons. Der Gewinn der Centrale beziffert sich auf 850,000 fl. Zahlreiche Freunde Bachrach's, welcher auf eigenes Ansuchen suspendirt worden, sollen das Anerbieten, gegen Rehabilitirung desselben den Schaden der Bank vollständig zu decken, gestellt haben.

[Wieder ein Staatsbankerott.] Der Gesandte des Freistaates Peru in Paris, Herr P. Galvez, richtet an französische und englische Blätter eine Zuschrift, in welcher er mit Versicherungen seines persönlichen Bedauerns und nicht ohne gegen die französischen und englichen Finanzgruppen, mit denen seine Regierung in der letzten Zeit unterhandelte, zu recriminiren, das Publicum darauf vorbereitet, daß die Anfangs Januar fälligen Coupons der peruvianischen Renten nicht eingelöst werden. Er bezeichnet dies jedoch nur als eine „momentane Unterbrechung“ und spricht die Ueberzeugnng aus, daß „seine Regierung vor keinem Opfer zurückschrecken werde, um ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen und den Credit des Landes aufrecht zu erhalten.“ Jedermann weiß, was das sagen will. Für Deutschland und Oesterreich hat die Sache glücklicherweise kein directes Interesse; sie kann jedoch durch ihre Influenz auf die Londoner und Pariser Börse für uns insoferne Bedeutung gewinnen, als die Pariser Börse, an welcher die „Peruaner“ als Spielpapier der Coulisse einerseits und bei der Vorliebe der kleineren französischen Kapitalisten für hoch verzinsliche „exotische“ Werthe, andererseits als Capitalsanlagepapiere von größter Wichtigkeit waren, und auch die Londoner Börse, an der „Peruvians“ ebenfalls eine nicht unwesentliche Rolle spielten, durch dieses neue finanzielle Ereigniß betroffen werden dürften. Ebenso wie bei der partiellen türkischen Zahlungseinstellung gingen auch der officiellen peruanischen Erklärung alle erdenklichen Dementi's voraus. Die Nichtzahlung der Coupons und damit die mindestens vorläufige Insolvenz Peru's ist nunmehr indeß Thatsache und es wird sich nur fragen, ob es der südamerikanischen Republik gelingen wird, in einigen Jahren ihrer Verpflichtungen Herr zu werden und den Ansprüchen ihrer Staatsgläubiger zu genügen. Die gesammten Staatsfinanzen Peru's basiren, wie bekannt, auf den, dem Staate gehörigen Guanolagern, deren Erträgnisse eigentlich den Staatsgläubigern verhaftet waren. Die Regierung hat indeß in ihren beständigen Geldnöthen sich auf die nächstjährigen Erträgnisse der Guanolager hin in anderer Weise Geld gemacht und ihre Bemühungen durch weitere derartige Operationen auch noch den Januar-Coupon zahlen zu können, sind gescheitert, so daß die längst erwartete und befürchtete Katastrophe nunmehr eingetreten ist. Die peruanische Staatsschuld beträgt insgesammt die verhältnißmäßig kolossale Summe von ca. 900 Millionen Francs. Die Amortisation der auswärtigen peruanischen Schuld hat noch dreiundzwanzig Jahre zu laufen. Amortisation und Verzinsung der Staatsschulden erfordern jährlich siebenzig Millionen Francs. Die Lage Peru's ist schon darum keine sehr erfreuliche, weil, um seine Staatsschulden zu bedecken, zu einem mittleren Preise berechnet, ein Bestand von circa 9,200,000 Tons Guano nothwendig wäre. Selbst nach der Schätzung der Regierung vom Jahre 1874 enthielten aber die stark ausgenützten Guanolager nur noch 9,367,096 Tons und man muß annehmen, daß die Schätzung anf einem starken Optimismus beruht. Wie gewöhnlich bei derartigen finanziellen Katastrophen ist man übrigens in England bereits eifrig am Werke, die Angelegenheit der Peruanischen Staatsgläubiger von voraus thatkräftig in die Hand zu nehmen.

Königsberg, 20. Decbr. [Wochenbericht von Crohn u. Bischoff. Auch in dieser verflossenen Woche war die Witterung nicht frei von mannigfachen Veränderungen. In England herrschte wiederum starker Nebel; aus den westlichen Theilen Europas meldete der Telegraph fortdauerndes Thauwetter, während in Deutschland sich unausgesetzt die Schneefälle vermehrten, und die Verkehrsstraßen sich dadurch schwierig passiren ließen. Unsere Provinz hatte in den ersten Tagen der Woche trockenen Frost, welcher schließlich zu vollständigem Thauwetter sich gestaltete.

Im Getreidegeschäft wurde die seit Monaten zur Herrschaft gelangte allgemeine Stille noch verflaut durch die Nähe der Festtage. Die englischen Märkte verliefen vollständig lustlos bei niedrigen Preisen und schleppendem Handel. Die französischen und deutschen konnten nur knapp die bisherigen Notirungen behaupten.

Am hiesigen Platze waren die Zufuhren nur spärlich und bestanden die Ankünfte größtentheils aus geringer und defecter Waare.

Weizen stark vernachlässigt, bez. hochb. 183½—202¼, bunt 185¾—191¾, roth 183½—188¼ Mrk. per 1000 Kilo.

Roggen setzte flau ein und gaben die Preise einige Mark nach. Bez. wurde mit 135—143¾, fremd 122½—127½, Decbr. 138, Frühj. 145--142½, Mai-Juni 145—143 Mrk. per 1000 Kilo.

Gerste wenig beachtet, schwer verkäuflich waren geringe und defecte russ. Parthien. Bez. wurde große Futter- 125—135, kleine 120—135, Brauwaare 135—152 Mrk. per 1000 Kilo.

Hafer in feinen Gattungen mehr beachtet, für geringe Waare fehlte Kauflust wie bisher. Bez. mit 140—156, russ. 128—138, Juni 148 Mrk., schwarz 124—132 Mrk., Decbr. 150, Frühj. 155 Mrk. per 1000 Kilo.

Rundgetreide. Erbsen büßten täglich im Preise ein, dieses ist namentlich bei Futterwaare der Fall. Bez. weiße 145—160, graue 165—190, feinste darüber, grüne 160—180, hochf. darüber. — Bohnen 175—181 Mrk. — Wicken 195—207 Mrk. per 1000 Kilo.

Oelsaaten. Leinsaat konnte sich behaupten und bez. man für gering 150—180, mittel 185—210, Juni 212—232, hochf. 235—255 Mrk. Rübsen bedangen nach Qualität 260—280 Mrk. Alles per 1000 Kilo.

Spiritus blieb auch in dieser Woche flau. Bez. wurde loco 44½, Decbr. 44¼, Januar 45¼, Mai-Juni 49, Juli 51 Mrk. per 10,000 pCt. ohne Faß.

Berlin, 22. December. [Productenbericht.] Das Geschäft in Roggen war heute recht still. Verkäufer für Termine haben etwas schlechteren Geboten sich fügen müssen und auch loco fanden sich nur zu ermäßigten Preisen Känfer für die Zufuhr. — Roggenmehl ohne Aenderung. — Weizen in beschränktem Verkehr, Preise zu Gunsten der Käufer. — Hafer loco ziemlich behauptet. Termine geschäftslos. — Rüböl hielt man höher, doch erst zu etwa gestrigen Preisen entwickelte sich mäßiger Umsatz. — Spiritus wenig verändert und in schwachem Verkehr; die Haltung war matter als gestern.

Weizen loco 175—220 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, weißer märkischer — M. ab Bahn bez., gelber mecklenburger — M. bez., gelber märkischer 196 M. ab Bahn bez., weißbunter polnischer — M. ab Bahn bez., ordinär gelb rumänischer — M. bez., pr. November-December 200 M. bez., pr. December-Januar 200 M. bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. April-Mai 208 M. bez., pr. Mai-Juni 211—210½ M. bez. — Gekündigt 2000 Ctnr. Kündigungspreis 200 M. — Roggen loco 152—163 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 154—155 M. bez., polnischer — M., inländischer 158—161 M. ab Bahn bez., ordinärer — M., pr. November-December 156½—157 M. bez., pr. December-Januar 156 M. bez., pr. Januar-Februar 155½ M. Br., 155 M. Gld. pr. Frühjahr 155½—155 M. bez., pr. Mai-Juni — M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Gerste loco 132—180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 135—180 M. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 150—173 M., westpreußischer 150—173 M., russischer 148—173 M., pommerscher 164—175 M. bez., mecklenburger 164—175 M. bez., böhmischer 164—175 M. ab Bahn bez., sächsischer 164—175 M. ab Bahn bez., abgelaufene Anmeldungen — M. bez., pr. November-December — M. bez., pr. December-Januar — M. bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. Frühjahr 165 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochwaare 181—216 M., Futterwaare 166—180 M. — Weizenmehl pr: 100 Kilo. Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 27,50—26,25 M. bez., Nr. 00: — M. bez., Nr. 0 und 1: 25,75—24,75 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0: 23,50—22,25 M., Nr. 0 und 1: 21,50—19,50 M. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. November-December 20,90 M. bez., pr. December-Januar 20,90 M. bez., pr. Januar-Februar 21 M. bez., pr. Februar-März 21,15 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 21,40 M. bez., pr. Mai-Juni 21,45 M. bez., pr. Juni-Juli 21,45 M. bez., pr. Juli-August 21,15 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Oelsaaten: Raps — M., Rübsen — M. nach Qualität bez. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 69 M. bez., mit Faß — M. bez., pr. November-December 70,4—69,8 M. bez., pr. December-Januar 70,4—69,8

M. bez., pr. Januar-Februar 70,4—69,8 M. bez., pr. April-Mai 70,8 bis 70—70,1 M. bez., pr. Mai-Juni 70,8—70 M. bez. — Gekündigt 200 Ctnr. Kündigungspreis 70 M. — Leinöl loco 58 M. bez. — Petroleum loco 27,5 M. per 100 Kilo incl. Faß, pr. November-December 26 M. bez., pr. December-Januar 26 M. bez., pr. Januar-Februar 26 M. bez., pr. Februar-März — M. Br. Abgelaufene Anmeldungen — M. bez., pr. April-Mai — M. nom. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Faß" 43,3 M. bez., „mit Faß" — M. bez., pr. November-December 45,5—4 M. bez., pr. December-Januar 45,5—4 M. bez., pr. Januar-Februar 45,9—6 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 48,2—48 M. bez., pr. Mai-Juni 48,4 bis 2 M. bez., pr. Juni-Juli 49,5—3 M. bez., pr. Juli-August 50,6 bis 4 M. bez., pr. August-September — M. bez. — Gekündigt 40,000 Liter — Kündigungspreis 45,4 M.

⚘ **Breslau**, 23. Decbr., 9½ Uhr Verm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen, nur feine Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer alter weißer 18,70—19,70—21,70 Mark, alter gelber 17,70 bis 18,70 bis 20,70 Mark, neuer weißer 16,50 bis 18,00—19,70 Mark, neuer gelber 15,70 bis 16,70 bis 19,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 14,30—15,00 bis 16,75 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwach preishaltend, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer mehr angeboten, per 100 Kilogr. 15,00 — 16,20 — 18,20 Mark, feinster über Notiz.

Mais stark angeboten, per 100 Kilogr. 10,20—12,00 Mark.

Erbsen mehr angeboten, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 14,50—15,50—16,50 Mark.

Lupinen, nur billiger verkäuflich, per 100 Kilogr. gelbe 9,50 — 11,50 Mark, blaue 9,50—11,00 Mark.

Wicken vernachlässigt, per 100 Kilogr. 18—19—20 Mark.

Oelsaaten mehr Kauflust.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	31	—	30	—	29	—
Winterrübsen	30	—	29	—	28	50
Sommerrübsen	31	25	30	25	29	—
Leindotter	27	—	26	—	25	—

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 7,80—8 Mark.

Leinkuchen offerirt, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen bessere Stimmung, rother schwach behauptet, pr. 50 Kilogr. 47—51—54—56 Mark, weißer matter, pr. 50 Kilogr. 52—58—71—73—75 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee fester, pr. 50 Kilogr. 30—32—34 Mark.

Mehl mehr Kauflust, pr. 100 Klgr. Weizen fein alt 29,75—30,57 Mark, neu 26,00—27,00 Mark, Roggen fein 26,25—27,25 Mark, Hausbacken 24,50—25,50 Mark, Roggen-Futtermehl 10—10,50 Mark, Weizenkleie bis 8 8,75 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

December 22. 23.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	332''',32	332''',03	332''',61
Luftwärme	+ 3°,3	+ 4°,4	+ 5°,3
Dunstdruck	2''',36	2''',44	2''',61
Dunstsättigung	88 pCt.	82 pCt.	82 pCt.
Wind	S. 2	S. 2	SW. 2
Wetter	trübe, Regen.	trübe.	trübe.

Breslau, 23. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 6 Cm. U.-P. — M. 48 C. Eisstand.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 22. December, Nachm. 2 Uhr 30 M. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 203, 30. Pariser Wechsel 81, 00. Wiener Wechsel 177, 40. Böhm. Westbahn 168¾. Elisabethbahn 147⅛. Galizier 179. Franzosen*) 263½. Lombarden*) 97¾. Nordwestbahn 125¾. Silberrente 65⅝. Papierrente —. Russische Bodencredit 85¾. Russen 1872 99¼. Amerikaner 1885 99¾. 1860er Loose 114⅞. 1864er Loose 295, 70. Creditactien*) 173½. Bankactien 806, 50. Darmstädter Bank 117½. Berliner Bankverein 70. Frankfurter Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank 85½. Meininger Bank 84. Hessische Ludwigsbahn 97. Oberhessen 73. Ungar. Staatsl. 170, 20. Ungar. Schatzanweisungen alte 94½. dto. neue 93¼. dto. Ostbahn-Obligat. II. 65. Central-Pacific 89¼. Reichsbank 156⅝. Köln-Mindener Loose —. Baierische Prämien-Anleihe —. Badische Prämien-Anleihe —. Badische Loose 140, 50. Braunschweiger —. — Privat-Discont — pCt. — Fest, aber still.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 174½, Franzosen 264¾, Lombarden 98, Galizier —, 1860er Loose —, —, Oesterr.-deutsche Bank —, Reichsbank 157½.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 22. December, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 117¾, Silberrente 65⅝, Credit-Actien 175, Nordwestbahn —, 1860er Loose 114¾, Franzosen 664½, Lombarden 247, Ital. Rente 72¼, Vereinsbank 115¾, Laurahütte 68, Commerzbank 82, do. II. Emission —, Norddeutsche 125½, Provinzial-Disconto —, Anglo-deutsche 39, do. neue 63, Amerikaner de 1885 94, Köln-Mindener St.-A. 94, Rheinische Eisenbahn do. 114½, Bergisch-Märkische do. 78½, Disconto 5 pCt. — Internationale Bank 81½. Sehr fest.

Hamburg, 22. December, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine fest. Roggen loco still, auf Termine fest. Weizen pr. Decbr. 200 Br., 199 G., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 208½ Br., 207½ G. Roggen pr. December 146 Br., 145 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 154 Br., 153 Gd. Hafer ruhig. Gerste flau. — Rüböl fest, loco 73, pr. Mai pr. 200 Pfd. 71½. Spiritus ruhig, pr. December 35½, pr. Jan.-Febr. 36½, per April-Mai 36½, per Juni-Juli per 100 Liter 100 % 37½. Kaffee matt, sehr geringer Umsatz. Petroleum still, Standard white loco 12, 00 Br., 11, 75 Gd., per December 11, 70 Gd., per Januar-März 11, 70 Gd. — Wetter: Regnerisch.

Liverpool, 22. December, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 51,000 B., davon 47,000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 22. December, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Ruhig.

Middl. Orleans 7 3/16, middl. amerikanische 6 15/16, fair Dhollerah 4 11/16, middl. fair Dhollerah 4½, good middl. Dhollerah 4¼, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 4⅛, good fair Broach 5¼, new fair Domra 4¾, good fair Domra 5 5/16, fair Madras 4¾, fair Pernam 7½, fair Smyrna 6⅛, fair Egyptian 7⅝.

Newyork, 22. December, Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Gold-Agio 13⅝. Wechsel auf London 4, 86. Bonds de 1885 5/20 115⅝. 5% fundirte Anleihe 117. Bonds de 1887 5/20 121½. Erie 15⅛. Central-Pacific — —. New-York Centralbahn —, —. Baumwolle in New-York 13¼, do. in New-Orleans 12½. Raff. Petroleum in New-York 14. Raffinirtes Petroleum in Philadelphia 12½. Mehl 6, 25. Mais (old mixed) 74 Rother Frühjahrsweizen 1, 33. Kaffee Rio 19. Havanna-Zucker 8 Getreidefracht 10¼. Schmalz (Marke Wilcox) 13¼. Speck (short clear) 11⅛.

Antwerpen, 22. December, Nachmitt. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Geschäftslos.

Antwerpen, 22. December, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 29 bez. und Br., per December 28¾ bez. und Br., per Januar 29 Br., per Februar 29 Br., per Januar-April 29 Br. Fest.

Bremen, 22. Decbr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 35 bez., pr. Januar 11, 35 per Februar 11, 35, per März 11, 35. Ruhig.

[Ein neues literarisches Unternehmen.] In Berlin erscheint vom 12. December l. J. ab im Verlage von Osc. Lorentz (Leipzigerstraße 105) eine illustrirte Wochenschrift unter dem Titel „Deutsches Leben", Berliner illustrirte Zeitung. Ganz besondere Sorgfalt wird auf die originelle Zusammenstellung verwendet, sowohl was die Illustrationen als auch was den Text betrifft. Mit der artistischen Leitung ist der rühmlichst bekannte Künstler Herr A. Dombi aus Wien, mit der redactionellen der wohlgeschätzte Schriftsteller Maximilian Bern, der als talentvoller Novellist bekannt ist, betraut worden.

Berliner Börse vom 22. December 1875.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,10 bz
do. do.	2 M.	3	168,35 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,17,5 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	80,95 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	263,10 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	265,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	5	177,50 bz
do. do.	2 M.	5	176,20 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½ % consol.	4½	105,10 bz
do. 4%ige	4	99,50 G
Staats-Schuldscheine	3½	91,90 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	129,75 bz!
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,20 bz
Pfandbr. Berliner	4½	101,25 bz
Pfandbr. Pommersche	3½	83,70 B
Pfandbr. Posensche	4	93,20 bz
Pfandbr. Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	96,25 bz
Rentenbriefe Pommersche	4	96,25 bz
Rentenbriefe Posensche	4	95,50 B
Rentenbriefe Preussische	4	95,70 bz
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	97,75 B
Rentenbriefe Sächsische	4	97,60 bz
Rentenbriefe Schlesische	4	95,75 G
Badische Präm.-Anl.	4	120,00 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	124,70 B
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	107,75 G

Kurh. 40 Thaler-Loose 257,10 bz
Badische 35 Fl.-Loose 142,00 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,10 bzG
Oldenburger Loose 135,20 bzG

Ducaten — —	Fremd. Bkn. 99,50 bz
Sover. 20,29 bz	einl. i. Leip. 99,875 bz
Napoleons 16,13 G	Oest. Bkn. 177,90 bz
Imperials 16,65 G	Russ. Bkn. 266,00 bz
Dollars — —	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	101,00 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	98,25 bz
do. do.	5	98,75 bz
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,10 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,60 bzB
do. rückzb. à 110	5	105,90 bz
do. do. do.	4½	98,60 B
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,10 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 bz
Hyp.-Anth. Nord.-G. C. B	5	100,90 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	103,75 G
do. do. II. Em.	5	100,50 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106,50 bz
do. do. II. Em.	5	102,60 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	99,90 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	93,90 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	101,00 bzB
Oest. Silberpfandbr.	5½	54,50 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	61,00 B
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	88,70 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,00 G
do. do.	4½	92,60 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,00 bz
do. do. 4½%	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	51,75 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4 1/5	65,25 bz
do. Papierrente	4 1/5	61,60 G
do. 54er Präm.-Anl.	4	109,00 bz
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	114,80-60-75 b
do. Credit-Loose	—	348,00 bz
do. 64er Loose	—	295,00 G
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	190,75 bz
do. do. 1866	5	182,50 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	85,60 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	91,60 B
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	85,30 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68,10 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	103,60 bzB
do. do. 1885	6	98,40 etbzG
do. 5% Anleihe	5	99,50 bz
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,60 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	100,00 bz
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	80,25 B
Rumänische Anleihe	8	105,50 bz
Türkische Anleihe	5	22 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	75,10 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 41,00 G
Türken-Loose 49,75 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	100,00 B
do. III, v. St. 3½ g.	3½	84,75 G
do. do. VI.	4½	96,10 bz
do. Hess. Nordbahn	5	101,80 bz
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	— —
do. Lit. C.	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	95,00 G
do. do. E.	4½	95,00 G
do. do. F.	4½	95,00 G
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	90,00 G
do. do. K.	4½	90,25 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. Lit. B.	4½	97,90 bz
do. IV.	4	91,50 bzB
do. V.	4	88,00 G
Halle-Sorau-Guben	5	96,00 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	102 bzB
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,50 B
do. do. II. Ser.	4	95,50 bz
do. do. Obl. I. u. II.	4	96,50 B
do. do. III. Ser.	4	95,00 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	91,30 B
do. D.	4	91,00 G
do. E.	3½	— —
do. F.	4½	99,75 bz
do. G.	4½	97,50 B
do. H.	4½	101,00 B
do. von 1869	5	103,25 B
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	96,90 B
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	91,50 G
do. do.	5	102,90 bz
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	75,25 G
Ostpreuss. Südbahn	5	101,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	102,60 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	98,00 bz
Chemnitz-Komotau	5	29,50 bzG
Dux-Bodenbach	5	66,00 B
do. II. Emission	5	60,00 G
Prag-Dux	fr.	25,00 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	87,25 bz
do. do. neue	5	86,00 G
Kaschau-Oderberg	5	65,00 bzG
Ung. Nordostbahn	5	61,90 G
Ung. Ostbahn	5	57,50 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	70,20 G
do. do. II.	5	72,80 bz
do. do. III.	5	66,20 etbzG
Mährische Grenzbahn	5	62,50 B
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	29,50 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	74,50 bzG
Oesterr.-Französische	3	317,10 B
do. do. II.	3	309,70 bz
do. südl. Staatsbahn	3	236,60 bzG
do. neue	3	236,00 bzG
do. Obligationen	5	80,60 G
Warschau-Wien II.	5	97,60 G
do. III.	5	96,00 bz
do. IV.	5	98,25 G
do. V.	5	92,50 bzB

Bank-Discont 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1873	1874	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1¼	1	4	19,40 bz
Berg.-Märkische	3	3	4	78,25 bz
Berlin-Anhalt	16	8½	4	109,50 bz
Berlin-Dresden	5	5	5	26 bz
Berlin-Görlitz	3	0	4	26,90 bz
Berlin-Hamburg	10	12½	4	173,75 bzB
Berl. Nordbahn	5	0	fr.	1,20 bz
Berl.-Potsd.-Magdb.	4	1½	4	69,50 bz
Berlin-Stettin	10¾	9 1/12	4	123 bzB
Böhm. Westbahn	5	5	5	84,25 bz
Breslau-Freib.	8	7½	4	83,90 bz
Cöln-Minden	8 1/12	6 9/20	4	94,30 bz
do. Lit. B.	5	5	5	93,40 bzG
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	10,25 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,67	8½	4	90 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	5,10 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	6,10 bz
Kaschau-Oderberg	5	5	5	52,40 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	56,10 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	179,75 bz
Märk.-Posener	0	0	4	18,10 bzG
Magdeb.-Halberst.	6	3	4	40,50 bzG
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	207 bz
do. Lit. B.	4	4	4	90,60 bzG
Mainz-Ludwigsh.	9	6	4	96,60 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,50 G
Oberschl. A. C. D.	13⅝	12	3½	147,90 bzB
do. B.	13⅝	12	3½	136,75 G
do. E.	—	—	3½	139,90 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	10	8	4	528-31,50 bz
Oest. Nordwestb.	5	5	5	251,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	3	1½	4	196,50-97 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	23,10 bzB
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	4	104,10 bz
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	59 G
Rheinische	9	8	4	114,50-10 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	90,50 bzB
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	10,50 bzB
Rumän. Eisenbahn	5	4	4	27-26,90 bz
Schweiz Westbahn	1 3/5	0	4	13,60 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,60 bz
Thüringer Lit. A.	7¼	7½	4	115,30 bz
Warschau-Wien.	11	10	4	226,25 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	4	5	66,40 bz
Berliner Nordbahn	5	0	fr.	1,50 B
Breslau-Warschau	0	0	5	24,75 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	13 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	22,75 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	5	2½	5	38 bz
Märkisch-Posener	0	0	5	62,75 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	53,90 bz
do. Lit. C.	5	5	5	82 bzG
Ostpr. Südbahn	0	3½	5	68,20 bz
Pomm. Centralb.	0	0	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	5	108,20 bz
Rumänier	8	8	8	83 bzG
Saal-Bahn.	5	2½	5	— —
Weimar-Gera	5	5	5	20 bz

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	—	5	4	conv. 32,75 bzG
Anglo Deutsche Bk.	0	0	4	39 G
Berl. Bankverein	5½	4½	4	70 bzG
Berl. Kassen-Ver.	29	19 1/5	4	202 G
Berl. Handels.-Ges.	6½	7	4	94,50 G
do. Prod.-u. Hdls.-B.	3⅓	10½	4	90,25 bzG
Braunschw. Bank.	9	7½	4	91,50 G
Bresl. Disc.-Bank	2½	4	4	68,10 G
Bresl. Maklerbank	0	0	4	— —
Bresl. Makl. Ver.-B.	5	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	0	3½	4	64,50 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4	4½	4	68 bzB
Danziger Priv.-Bk.	7⅔	6	4	116,25 B
Darmst. Creditbk.	10	10	4	117,50 bz
Darmst. Zettelbk.	7 3/10	6½	4	97 B
Deutsche Bank	4	5	4	77,75 bz
do. Reichsbank	—	—	fr.	157 bz
do. Hyp.-B. Berlin	5	7½	4	94 G
Deutsche Unionsb.	1	3	4	76,10 bz
Disc.-Comm.-Anth.	14	12	4	131 bz
Genossensch.-Bnk.	3	6	4	96,50 G
do. junge	3	6	4	97 G
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	21,50 G
Goth. Grundcredb.	8	9	4	112 bzB
Hamb. Vereins.-B.	16 5/6	11 1/9	4	116 G
Hannov. Bank.	7 3/5	6⅔	4	103 etbzG
do. Disc.-Bank	0	0	4	33 B
Königsb. Ver.-Bank	0	5¾	4	82 B
Ldw.-B. Kwilecki	9	6½	4	66 G
Leipz. Cred.-Anst.	9⅔	9½	4	121,50 G
Luxemburg. Bank	8½	9	4	110,25 G
Magdeburger do.	6 3/10	5½	4	100 G
Meininger do.	5	4	4	84 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	5	3	4	40 G
Nordd. Bank	10 4/5	10	4	125,50 G
Nordd. Grundcr.-B.	7½	9½	4	105,25 bzG
Oberlausitzer Bk.	0	0	4	58 G
Oest. Cred.-Actien	5⅝	6⅞	4	350,50-49,50 bz
Posner Prov.-Bank	7⅔	6	4	92 G
Preuss. Bank-Act.	20	12⅔	4	169,50 bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	0	8	4	95,60 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	118,75 bzG
Sächs. Bank.	12	10½	4	121,60 etbzG
Sächs. Cred.-Bank	0	5	4	81,10 etbzG
Schl. Bank-Verein	6	6	4	85,50 G
Schl. Vereinsbank	7	5	4	89,75 B
Thüringer Bank.	8	6	4	78,50 bzG
Weimar. Bank.	5	5¼	4	67 bzB
Wiener Unionsb.	0	5	4	122 B

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	0	fr.	87 G
Berl. Lombard-B.	0	0	fr.	8,25 B
Berl. Prod-Makl.-B.	12⅔	0	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	0	fr.	37 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	0	fr.	67 G
do. Hand. u. Entrep.	0	0	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	0	fr.	80,50 bz
Hessische Bank.	0	0	fr.	60,10 G
Ndrschl. Cassenv.	0	0	fr.	0,50 G
Ostdeutsche Bank	4	6	fr.	81,90 G
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	0	0	fr.	1 B
Pr. Credit-Anstalt	0	0	fr.	51 B
Pr. Wechsler-Bnk.	0	0	fr.	—
Schl. Centralbank	0	2	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	0	fr.	12 bzG

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	6⅔	7½	fr.	131 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	5,20 bz
do. Reichs-u. Co.-E.	8	4	4	70,35 bzG
Märk. Sch. Masch. G.	0	0	4	15,25 bzG
Nordd. Gummifab.	6	5½	4	45 B
do. Papierfabr.	0	4	4	20 G
Westend, Com.-G.	0	0	fr.	10,10 bzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	17 3/5	18 3/5	4	128,50 B
Schles. Feuervers.	18	17	4	590 G
Donnersmarkhütte	6	4	4	20 bz
Dortm. Union	0	0	4	12,60 bzG
Königs- u. Laurah.	20	10	4	68 bzG
Lauchhammer	2	0	4	24,50 B
Marienhütte	6	7½	4	50,50 B
Moritzhütte	5	0	4	30,25 G
OSchl. Eisenwerke	0	1	4	9,50 G
Redenhütte	2	0	4	3,50 bz
Schl. Kohlenwerke	1	0	4	21,25 G
Schl. Zinkh.-Actien	8	7	4	85,50 bzG
do. St.-Pr.-Act.	8	7	4½	91 bzG
Tarnowitz. Bergb.	16	0	4	53 B
Vorwärtshütte	7	1	4	18,50 B
Baltischer Lloyd	0	0	4	31 bzG
Bresl. Bierbrauer.	0	6	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	3½	6⅔	4	43 G
do. ver. Oelfabr.	8	5	4	49,25 B
Erdm. Spinnerei	7	4	4	20 etbzG
Görlitz. Eisenb.-B.	0	2⅔	4	33,75 G
Hoffm's Wag. Fabr.	5½	0	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	5	2	4	32,50 G
Schl. Leinenind.	9	7½	4	84,10 G
S. Act.-Br. (Scholtz)	0	0	fr.	— —
do. Porzellan	7	0	4	25 bzG
Schl. Tuchfabrik	0	0	4	— —
do. Wagenb.-Anst.	0	0	fr	— — [80B conv
Schl. Wollw.-Fabr.	0	0	4	27 B
Wilhelmshütte MA.	10	4	4	55,25 G

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 22. December, Abends. Die „Presse" meldet: Die Emission der ungarischen Rentenanleihe ist Mitte Januar in Aussicht genommen. Die ungarische Regierung gedenkt die Verlängerung des Privilegiums der Nationalbank bis Ende 1877 (von der österreichischen Regierung beabsichtigt) nicht eintreten zu lassen. Darnach müßte das Ende und die Kündigung des Privilegiums vor Ende dieses Jahres erfolgen. Die diesbezüglichen Verhandlungen beider Regierungen finden zu Weihnachten in Wien statt.

Versailles, 22. December, Abends. Nationalversammlung. Naquet erhielt seine Behauptungen vom Montag bezüglich der Authenticität des Schriftstückes, betreffend die Lage der Deportirten in Caledonien, trotz der gestrigen Erklärung des Marineministers, daß das Schriftstück unecht sei, aufrecht. Der Marineminister erklärte abermals das Schriftstück für apokryph. Naquet brachte den Antrag auf eine Interpellation ein. Die Versammlung beschloß die Interpellation auf sechs Monate zu vertagen.

Versailles, 22. December, Nachts. Die Nationalversammlung stellte im weiteren Verlaufe die Eintheilung der Wahlbezirke bis auf das Departement Rhone fest. Die Eintheilung dieser Wahlbezirke wird morgen berathen. Die definitiven Termine für die Auflösung der Nationalversammlung, die Senatorenwahlen in den Departements und die Deputirtenwahlen werden wahrscheinlich ebenfalls morgen festgesetzt.

London, 22. December. Die telegraphische Verbindung mit Indien ist gänzlich unterbrochen.

London, 22. December, Nachts. Handelsamtliche Untersuchung. Cohen, Vertreter des Norddeutschen Lloyd, verlangt die Aussetzung einer Belohnung für die Angabe des geborgenen, dem Bergeamt nicht abgelieferten Schiffsguts. Die Forderung wurde abgelehnt, bis der Beweis der Gutsentwendung erlangt sei. Butt wünscht die Vorladung der Bergebeamten, welche zugestanden wurde.

Lauensteins Verhör wird fortgesetzt; alsdann das des Capitains neuerdings über den Compaß, hierauf werden der zweite Steuermann Thalenhorst, der Maschinist Reinhold und Schmidt vernommen. Eine Depesche aus Harwich meldet: Der Dampfer „Deutschland" ist rapide auseinandergegangen.

Newyork, 22. December. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Utah hat das dortige Bundesgericht eine principiell wichtige Entscheidung getroffen, indem es ein Mitglied der dortigen Mormonengemeinde wegen Polygamie zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilte.

(L. Hirsch telegraphisches Bureau.)

Wien, 12. December. Ein Telegramm des „Tageblatt" aus Bosnisch-Kostajnitza meldet: Tahir Bey Kulinowis wurde als türkischer Parlamentär zu den bosnischen Insurgenten geschickt um diese zur Niederlegung der Waffen zu bewegen und zwar gegen folgende Versprechungen: 1) volle Amnestie, 2) Wiederaufbau der zerstörten Häuser auf Kosten des Staates, 3) Steuernachlaß für mehrere Jahre und volle Gleichberechtigung der Christen mit den Mohamedanern. Der bosnische Anführer Ugdatz antwortete, daß das Volk zur Pforte kein Vertrauen habe und daß der Sultan in Bosnien ohnmächtig sei, weil dort die Begs herrschen, die Waffen würden nicht niedergelegt werden.

Konstantinopel, 22. December. Der zum Obercommandanten in der Herzegowina ernannte Alimed Mustar Pascha war früher Scheich ul Islam und mußte wegen seines Glaubensfanatismus im Jahre 1873 durch einen Andern ersetzt werden. Seine Ernennung bedeutet daher, daß die versprochenen Reformen wieder auf dem Programm bleiben.

Santander, 22. December. Moriones ist hier eingetroffen und hat das Commando über die zum Einrücken in Guipuzcaa bestimmten Truppen übernommen. Dieselben sind in den letzten Tagen durch angekommene Reserven ansehnlich verstärkt worden.

Konstantinopel, 22 December. Die aus Kleinasien eingelaufenen Berichte lauten sehr beunruhigend. Trotz des in den Provinzen herrschenden Elends treiben die Behörden mit äußerster Strenge die rückständigen Steuern ein.

Geschichte der neuesten Zeit 1816—1875 mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands von Wilhelm Müller. Dritte Auflage. Stuttgart, 1875. Verlag von Paul Neff. Dieses auf der Höhe der heutigen Geschichtsschreibung stehende, in dritter Auflage erscheinende Werk ist seinem ganzen Umfang nach genau durchgesehen und verbessert, die neueren Partien sind vollständig umgearbeitet und die Geschichte der letzten sieben Jahre ist, bis zum October 1875, in weiteren acht Bogen beigefügt. Von der Voraussetzung ausgehend, daß die meisten Leser nicht die nöthige Zeit und Muße haben werden, ein Specialwerk von mehreren Bänden zu studiren, ist der Verfasser seinem ursprünglichen Programm treu geblieben: den massenhaft zuströmenden Stoff in gedrängter Kürze, in großen und scharfen Umrissen und in durchsichtiger Klarheit darzustellen. Durch die Herausgabe der jährlich erscheinenden „Politischen Geschichte der Gegenwart" ist der Verfasser zur Darstellung der Geschichte der neuesten Zeit in ganz besonderem Grade berufen, und Niemand wird in vorliegendem Werke die Umsicht in der Auswahl des Stoffes, die Sicherheit des Urtheils und die patriotische Wärme vermissen. Es ist daher zu erwarten, daß dieses schön ausgestattete und wohlfeile Werk in den Kreisen der Gebildeten die günstigste Aufnahme finde.

* **[Die Nr. 51 der Gegenwart]** von Paul Lindau, Verlag von Georg Stilke in Berlin, enthält: Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Schutzzoll. Von Johannes Berg. — Die schweizerische Nationalität. Eine politische Studie von Bluntschli. (Schluß). — Exact-wissenschaftlicher Dilettantismus. Von Adolph Horwicz. — Literatur und Kunst: Nevermore. Von R. Elcho. — Aus der Hauptstadt: Permanente Ausstellung des Vereins Berliner Künstler. Von v. Leixner. — Notizen. — Offene Briefe und Antworten.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.